

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 37 (1943-1944)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Das bernische Patriziat und die Regeneration  
**Autor:** Gruner, Erich  
**Kapitel:** XIV: Das Patriziat in der Offensive  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-370969>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Verfassung eines korporativen Staates, wie er hier gezeichnet ist, kann nach der Meinung der Patrizier nie eine Vereinbarung aller Gesellschaftsglieder untereinander sein. Sie ist ein urkundliches Verzeichnis aller Rechte der Obrigkeit, aller ihrer aus dem erworbenen Herrschaftsrecht fliessenden Gesetze und Verordnungen und aller mit den Untertanen abgeschlossenen Verträge. Sie enthält die Vereinbarung der Bedingungen, unter denen Freiheiten, Rechte und Eigentum der Untertanen geschützt werden müssen, und unter denen diese den Herren gegenüber Leistungen und Pflichten erfüllen.

Dieser natürlichen und gottgewollten Ordnung gegenüber erscheint die demokratische als künstlich und vom Teufel begünstigt. Eine Demokratie, meint Wursterberger, könne nur gegründet werden, indem man die wohlerworbenen Rechte durch «Gewalt, Raub, Diebstahl, Betrug, List und Drohungen» beseitige und sich so gegen Gottes Gebote vergehe.<sup>81)</sup> Fischer sieht im «Abfall von der natürlichen Ordnung und im Abweichen von der von Gott gewollten Ungleichheit der Menschen» den Hauptgrund zur Revolution.<sup>82)</sup> Er macht die Emporkömmlinge, die ihren von Gott angewiesenen Stand verlassen haben, verantwortlich für die «Störung des von der Natur selbst vorgezeichneten Verhältnisses zwischen den Berufsarbeiten und Beschäftigungen, zwischen den Erwerb bringenden und herrschenden Classen...». Dieser zahlreiche, eitle, herrschsüchtige und ungestüm zudringliche und zum grossen Teil brotlose Stand, der sich dem Pflug entzog, um wegen einer guten Handschrift, einem glücklichen Gedächtnis oder einem erhaltenen Schulpreise sich in sogeheissene höhere Sphären zu schwingen, ist die eigentliche Quelle der revolutionären Bewegung in Europa.»<sup>83)</sup>

## XIV. Das Patriziat in der Offensive

### 1. Der Bernerleist von 1832

Als die Einwohnergemeinde Bern am 17. Oktober 1832 ihre Behörden wählte, beteiligten sich die Patrizier sehr zahlreich. Der Sturm auf das patrizische Refugium, die Stadtverwaltung, hatte den Widerstandsgeist der Aristokratie geweckt. Die Mehrheit des neu gewählten Gemeinderates bestand aus Patriziern. An der Spitze stand alt Ratsherr Karl Zeerleder. Die Patrizier waren sich der Gefahr der Stunde bewusst. Sie hatten sich zusammengeschlossen und

sammelten nun in einem politischen Verein, dem Bernerleist, die kampfesfreudigen Standesgenossen. Damit war der Kern zu einer Stosstruppe gelegt. Sie sollte, hofften sie, anwachsen und die Opposition des ganzen Landes aufnehmen.

Der Bernerleist wurde am 3. Oktober 1832 ins Leben gerufen. Von den Gründern lässt sich keiner ausfinden ausser Oberst Rudolf von Graffenried, alt Oberamtmann von Fraubrunnen. Da als Versammlungsort meist das Casino diente, so wurde er von den Liberalen auch Casinoclub genannt. Später kam als Spottname die Bezeichnung Schwarzbürgerleist auf. Man wollte damit die eindeutig schwarze, d. h. reaktionäre Gesinnung dieser Organisation bezeichnen. Aus den Statuten lässt sich ersehen, dass dieser Leist von Anfang an keine geschlossene Standesorganisation, sondern eine politische Kampfgruppe sein sollte.<sup>1)</sup> Patrizier, nichtpatrizische Bürger und nichtburgerliche Einwohner wurden aufgenommen. Vom Zweck ist nirgends die Rede. Er ist aber aus den politischen Verhältnissen ohne weiteres erklärlich. Die Patrizier wollten für die damaligen und künftigen Gemeinderatswahlen eine politische Gefolgschaft sammeln. Den ersten Erfolg trugen sie bei den Gemeindewahlen vom 17. Oktober 1832 davon. Aus dem dritten Programmpunkt der Statuten geht hervor, dass geplant wurde, den Verein über die Grenzen der Stadt hinaus zu erweitern. Er lautet: «Jedes Mitglied hat das Recht, einen ausserhalb dem Stadtbezirk wohnenden Freund als Bekannten einzuführen.»<sup>2)</sup>

Welches war der Erfolg solcher Werbetätigkeit? Die Mitgliederverzeichnisse von 1833 und 1834 lassen erkennen, dass der Verein bald zum Sammelpunkt der regierungsfeindlichen Opposition wurde. Es traten nicht nur viele Patrizier bei, sondern auch Mitglieder des patrizischen und des burgerlichen Juste milieu; so Staats-schreiber May, Obergerichtspräsident von Wattenwyl, Dr. Hahn, Dr. Lutz und Spitalverwalter König. Schon im Januar 1833 zählte der Verein über 300 Mitglieder. In den folgenden Jahren traten viele Bewohner der nachbarlichen Landgemeinden ein. Es schlossen sich jedoch nicht alle Patrizier an. Auf den Mitgliederverzeichnissen vermissen wir die Ultra und die dem Liberalismus huldigenden Patrizier.

Die Wirksamkeit des Bernerleistes war anfänglich eine recht geringe. Sie beschränkte sich auf die Gemeindepolitik. Noch beteiligten sich die meisten Vereinsmitglieder nicht an den Grossratswahlen vom Herbst 1833. Sie betrachteten die Opposition einer geschlossenen Gruppe im Grossen Rat als nutzlos. Auch das patri-

zische Organ, die «Allgemeine Schweizerzeitung», enthielt sich jeglicher Propaganda. Trotzdem wusste der «Volksfreund» zu melden: «Stämminge aus dem Patriziat schleichen im Lande umher, um sich auf den Herbst Wahlstimmen in den Grossen Rat zu erbeteln.»<sup>3)</sup>

In der Stadt vermochte der Bernerleist die Vorherrschaft des Patriziats zu festigen. Die Leitung der Geschäfte blieb bis zum Ende der Regeneration in den Händen eines mehrheitlich patrizischen Gemeinderates. Von den 25 Sitzen im Gemeinderat waren während Jahren immer 20 von Angehörigen des Bernerleistes besetzt. Viele nichtpatrizische Burger gehörten dem Bernerleist an und galten als treue Freunde der Patrizier.

1834 verschob sich das Schwergewicht der politischen Tätigkeit des Vereins. Die jüngeren Mitglieder entschlossen sich, ihre bisherige politische Untätigkeit aufzugeben. Im Dezember 1833 taten sich sechs junge Patrizier zu einem engeren Ausschuss zusammen. Sie planten eine Aktivierung der patrizischen Politik im Sinne einer wirksamen Opposition. Deshalb versuchten sie, die «Allgemeine Schweizerzeitung» für ihre Ziele zu gewinnen. Da zwei von ihnen, Karl von Effinger und Jakob von Wagner, dem Verwaltungsrat der Zeitung angehörten, gelang es ihnen, ihren Gesinnungsgenossen, den gewesenen Stadtpolizeidirektor Bondeli, zum Redaktor zu machen. Sie waren entschlossen, der fruchtlosen Ultrapolitik entgegenzutreten und mit dem Juste milieu eine gemeinsame Front zu bilden. Sie gelobten sich, an den Wahlen teilzunehmen und den Grossrats-sitzungen als Zuhörer beizuwohnen.<sup>4)</sup>

## *2. Die Unterschriftensammlung von 1834*

Als erste Aktion wollten die jugendlichen Kämpfer eine Unterschriftensammlung in grösserem Rahmen durchführen. Das Juste milieu versprach seine Teilnahme. Die Idee dieser Aktion stammte übrigens von einem führenden Politiker des Juste milieu, dem Medizinprofessor Ith.\* Es scheint, dass er dazu von seinem Schwager, dem Bundeskanzler Mousson, und dessen Freund, dem Bürgermeister von Wyss von Zürich, aufgefordert wurde. Es bildete sich eine Kommission, der ausser Professor Ith und Lehens-kommissar Wyss lauter junge Patrizier angehörten, Karl Effinger, Redaktor Bondeli, Friedrich von Ougspurger, Friedrich May, der Sohn

---

\* Joh. Rud. Friedr. Ith, 1794—1861, Dr. med., Professor.

des Staatsschreibers, und Rudolf August Tscharner-Wurstemberger.\* — Der Ausschuss bezweckte mit dieser Unterschriftensammlung verschiedenes. Einmal wollte er sich gegen die Missbräuche des neuen Systems wenden; denn die geplante Bittschrift verlangte von der Regierung, dass sie den Übergriffen der Schutzvereine wehre, dass sie die Anstellung Kantons- und Landesfremder unterbinde, dass sie Massnahmen gegen den übermäßigen Branntweingenuss einleite und schliesslich den Betrag des Staatsvermögens festsetze. Wichtiger war vielleicht das uneingestandene Ziel der Unternehmung. Sie muss als Propagandaaktion und als erster politischer Tastversuch bewertet werden. Dadurch, dass die Patrizier im Volke für eine Eingabe an die Regierung Unterschriften sammelten, wollten sie bekunden, dass sie hinfert gewillt seien, aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Sie stellten sich so auf eine gemeinsame Linie mit dem Volke und dokumentierten ihren guten Willen, sich in die neuen Verhältnisse zu finden, doch so, dass sie das Schädliche bekämpfen und sich dem Volke als um sein Wohl besorgte Staatsbürger vorstellten. — Zugleich erfüllte die Bittschriftensammlung den Zweck, das Gelände des zukünftigen Kampfes politisch abzutasten. Sie kommt in dieser Hinsicht der Rekrutierung einer Anhängerschaft gleich. Man wollte erfahren, auf wieviel Anhänger im Volke man überhaupt zählen könne. Dies wird von Tavel bestätigt: «Man wollte damit alle Unzufriedenen kennen lernen, auf die man werde zählen können, wenn man Patrizier in die neue Regierung aufnehmen werde.»<sup>5)</sup> Auch Stettler empfand diese Tendenz: «So viele Unterschriften, so viele Unzufriedene.»<sup>6)</sup>

Die Initianten der Aktion stellten sich in der Tat auf einen neuen Boden. Indem sie von der demokratischen Petitionsfreiheit Gebrauch machten, anerkannten sie den seit 1831 bestehenden Zustand als Tatsache, mit der man sich abfinden müsse. Nach Stettler stellten sie sich dem Lande als Kandidaten für die zukünftigen Grossratswahlen vor. Auf diese Weise nahmen sie öffentlich von der abwartend negativen Haltung der meisten ihrer Standesgenossen Abstand. Sie wollten retten, was für das Patriziat an Einfluss und

---

\* Philibert Friedr. v. Ougspurger, 1796—1880, Hauptm. in franz. Diensten, Burgerratsschreiber.

Anton Rud. Friedr. May, 1808—75, Fürsprecher, des Grossen Rates 1837—46, später Besitzer der Escherschen mechanischen Werkstätte in Zürich.

Rudolf Aug. Tscharner, 1804—82, des Grossen Rates 1839—46, 1850—58, Präs. des Burgerrates 1853—65.

Ansehen noch zu retten war und sich am politischen Leben beteiligen, indem sie eine legale Opposition zu schaffen gedachten. Die vier Forderungen der Petition waren mit der Absicht gewählt, die Initianten volkstümlich und demokratisch gesinnt erscheinen zu lassen. Immerhin fehlte auch das patrizische Gedankengut nicht.

Im Eingang der Petition wird darauf hingewiesen, dass die bestehende Verfassung ausbaubedürftig sei. Es wird eine Erweiterung der Volksrechte im Sinne der Einführung direkter Wahlen empfohlen. So konnte man das Bestehende überbieten und unter den unteren Volksklassen Anhänger gewinnen. Sodann wird Stellung gegen das Treiben der Schutzvereine genommen. Ihnen wird vorgeworfen, sie seien mit der Demokratie nicht in Übereinstimmung stehend: «Wofür braucht die Regierung und die Verfassung einen Schutz? Ihr Schutz liegt in der Zufriedenheit des Volkes und in dessen Zuneigung.» Die jungen Patrizier erklären, der Zweck der Schutzvereine bestehe in der Terrorisierung des Volkes. Damit weisen sie auf die wundeste Stelle der liberalen Regierung hin: dass sie nicht die Vertreterin des ganzen Volkes, sondern einer regssamen Mittelschicht sei. Schon kündigen die Patrizier an, dass sie ihre Anhängerschaft auf ähnliche Weise in einem kantonal organisierten Verein sammeln würden. An das Heimatgefühl der Bevölkerung appellieren sie, indem sie empfehlen, bei der Anstellung Landesfremder vorsichtiger zu werden. Der Regierung wird vorgeworfen, dass sie einen Gesinnungzwang auf ihre Angestellten ausübe; denn sie frage zuerst: Wie denkt der Mann, und dann erst: Was kann er eigentlich? Schliesslich kritisieren die Petitionsteller die unbedacht-same Finanzpolitik der neuen Regenten. Sie werfen der Regierung vor, dass sie bedenkenlos Einrichtungen und Unternehmungen finanziere, wenn sie dadurch populär werden könne. Es wird deshalb die Festsetzung eines bestimmten Betrages des Staatsvermögens gefordert, damit dem planlosen Verschwendern Halt geboten werde. — Der letzte Punkt, die Bitte an die Regierung, dem übermässigen Branntweingenuss zu steuern, birgt wiederum eine Anklage an die Adresse der Regenten. Man macht sie für die Lockerung der Sitten verantwortlich, weil sie die Wirtshausgesetze in ungeschickter Weise abgeändert haben.

Die Leiter der Aktion glaubten, mit diesen klug gewählten Klagepunkten zahlreiche Unterschriften sammeln zu können. Sie hofften, zur gleichen Zeit ein Bild über die zu erwartende Anhängerschaft zu erhalten. Von den nächsten Wahlen erwarteten sie, dass viele

Liberale durch Patrizier ersetzt werden könnten. Eine auf diese Weise zustande gekommene Grossratsmehrheit könnte dann nach ihrer Meinung die Verfassung revidieren.

Der Erfolg war nicht so gross, wie die Initianten erwartet hatten. Es wurden 30 bis 40 Bogen im Kanton herumgeboten. Da sie im Staatsarchiv aufbewahrt werden, lässt sich ermitteln, in welchen Gegenden und unter welchen Schichten die Sammlung am meisten Anklang fand. Von den 2250 Unterschriften entstammen die meisten aus den Ämtern Hasle, Interlaken, Frutigen, Thun und Sef- tigen. Einzelne Gemeinden, wie Frutigen, lieferten über 200. Kaum 50 brachte man im Emmental zusammen, sozusagen keine im Seeland und Oberaargau. Es mag verwundern, dass nur 198 Stadtberner unterschrieben. Des Rätsels Lösung ist nicht schwer zu finden. Die Ultra verurteilten die ganze Aktion: «Die meisten Patrizier hatten ihre Unterschrift verweigert, weil sie die Petition als halbe Massnahme ansahen.»<sup>7)</sup> Sie glaubten nach wie vor daran, dass eine Rettung aus dem Chaos nur möglich sei, wenn die demokratische Verfassung beseitigt werde. Diese schauten sie als ein Übel an, welches durch blosse Verbesserungen nicht zu beheben sei. «Der Kompro- miss mit der Revolution vernichtet die legitimen Grundsätze, denn jetzt sind die Patrizier gebunden, für die Revolution und gegen die legitimen Grundsätze zu kämpfen.»<sup>8)</sup> Stettler kannte im Kampf gegen die Demokratie nur ein Mittel: «Die radikale Partei kann nur durch Gewalt verdrängt werden.»<sup>9)</sup> Er empfand die Bitschriften- petition als neue «Schwächung der patrizischen Partei» und als Verrat an der guten Sache: «Der Verfall des alten hohen Berner- sinns bestärkt mich in der traurigen Überzeugung, dass an einer Wiedereinführung der ehemaligen Ordnung der Dinge und einer ächt aristokratischen Verfassung kaum mehr zu denken sei. Wo die Aristokraten gestorben sind, da kann sich keine Aristokratie mehr beleben. Allem Anschein nach werden wir uns mit einer Capitu- lation mit der Revolution begnügen müssen.»<sup>10)</sup>

Die Regierung nahm die Bitschriftensammlung höchst ungädig auf. Am 3. Dezember 1834 wurde ein Teil der Bitschriften dem Grossen Rat überwiesen. Schon am folgenden Tage reichten fünf Grossratsmitglieder, darunter Hans Schnell, einen Anzug ein. Sie verlangten, dass die Unterschriften auf ihre Richtigkeit hin geprüft würden, da sich darunter viele «verdächtige befinden».»<sup>11)</sup> Als am 8. Dezember die Erheblichkeitsfrage gestellt wurde, begründete Hans Schnell seinen Anzug, indem er erklärte, er habe Namen wie Johannes Schnell und Schertenleib aus Heimiswil gefunden, «Per-

sonen, die niemals ihren Namen zu solchen Dingen hergegeben haben würden, wenn sie nicht irgendwie hinters Licht geführt worden wären».<sup>12)</sup> Er empfahl zu untersuchen, ob die legalisierenden Notare für die Echtheit der Unterschriften einstehen könnten. «Alsdann wird mancher seine Unterschrift zurückwünschen. Mancher wird froh sein, wenn er zur rechten Zeit gewarnt wird, damit er seine Massregeln treffen kann.»<sup>13)</sup> Regierungsrat Karl Schnell sprach noch deutlicher: «Offenbar sind da geheime Personen da, welche das Drama leiten, obgleich sie nicht unterzeichnet haben.»<sup>14)</sup> Der Grosse Rat erklärte darauf den Anzug Schnells erheblich und wies die Akten zur Untersuchung ans Diplomatische Departement.

Die diplomatische Behörde befasste sich vorerst mit der Legalisation der Unterschriften durch die beiden in Bern wohnenden Notare Albert König und Ludwig Schär. Die beiden wurden einvernommen. Sie wiesen darauf hin, dass sie nach dem Wortlaut der Gesetze nicht die Echtheit der Unterschriften zu beglaubigen, sondern nur die Vorstellung zu legalisieren hatten. Das Diplomatische Departement hielt jedoch fest an seiner Meinung, dass die Notare für die Echtheit der von ihnen legalisierten Unterschriften zu bürgen hätten. Es empfahl dem Regierungsrat, «die Notare, welche von einer der wesentlichsten Verrichtungen der Notarien Begriffe zu haben scheinen, die anerkannt die Garantie der Autentität aller Urkunden aufheben, und somit den öffentlichen Credit im höchsten Grade gefährden würden, sofort in ihren notarialischen Funktionen zu suspendieren und einem neuen Examen zu unterwerfen.»<sup>15)</sup> — Am 5. Mai 1835 hiess der Grosse Rat den Vortrag des Regierungsrates gut und berief die beiden Notare als unfähig von ihren Stellen ab. Auf die Petition ging er nicht ein.

Für Stimmung und Gesinnung der Herrschenden charakteristisch sind die Antworten, welche das Diplomatische Departement auf die Klagepunkte der Bittschrift erteilte. Die Schutzvereine wurden als notwendiges Mittel im politischen Leben der Demokratie bezeichnet. Über das «erste und natürlichste aller Menschenrechte, das Assoziationsrecht», könne in einer Demokratie wahrlich kein Zweifel obwalten: «Wir halten die Bildung jeder Art von Vereinen, wofern sie keine gesetzwidrigen Zwecke verfolgen, für erlaubt und dem Gemeinwesen sogar eher zum Nutzen als zum Schaden gereichend.»<sup>16)</sup> Die Liberalen fürchteten die Mittel, mit deren Hilfe sie selbst gestiegen waren.

Die Erbitterung der Machthaber über den Vorstoss der Patrizier war sehr gross. Sie sprachen von «Missbrauch des Petitions-

rechtes».<sup>17)</sup> Ärmere Bauern aus dem Oberlande waren Verfolgungen ausgesetzt. Der «Volksfreund» publizierte amtsbezirksweise die vollen Namen der Unterschriftengeber, um sie gleich Volksschädlingen an den Pranger zu stellen. In einem Briefe konnte Karl Schnell seinen Groll nicht verbergen: «Unsere Schwärzesten der Schwarzen intriguieren wieder, was das Zeug hält. Statt wie bisher zu aristokratisieren, arborieren sie den Radikalismus.»<sup>18)</sup> Das Überwachungssystem gegen die Aristokraten wurde daher verschärft.

### *3. Der Wahlkampf von 1835*

Der aus Patriziern und Politikern des Juste milieus bestehende Ausschuss liess sich durch den Misserfolg seiner ersten Aktion nicht entmutigen. Der Wunsch, sich an den Wahlen im Herbst 1835 zu beteiligen, blieb lebendig. In den Artikeln der «Allgemeinen Schweizerzeitung» kommt es deutlich zum Ausdruck, dass 1835 danach getrachtet wurde, Patriziat und Juste milieu zu einigen. So schreibt Bondeli: «Diese Verschmelzung mag einst stattfinden und ist an sich selbst ganz wünschbar.»<sup>19)</sup> Ältere Magistrate wie alt Ratsherr Ludwig Zeerleder empfanden ähnlich wie der Redaktor der patrizischen Zeitung. Ein starker Anstoss scheint von den Staatshäuptern des Kantons Zürich ausgegangen zu sein. Auf der Tagsatzung von 1835, berichtet Ludw. Zeerleder, habe man Schultheiss von Tavel geraten, sich mit seinen Standesgenossen in Verbindung zu setzen, um sie zur Beteiligung an den Wahlen aufzufordern. Es wurde von den Zürchern folgender Plan entworfen: «Das Patriziat soll Tavel eine Liste derjenigen Mitglieder eingeben, die man bei den bevorstehenden Erneuerungswahlen des Grossen Rates in denselben gewählt zu sehen wünsche, so werde er gerne zur Unterstützung solcher Wahlen auf dem Lande die Hand bieten.»<sup>20)</sup> Im Nachlass des Schultheissen Fischer befindet sich ein Schreiben des Genfer Obersten Charles de Bontems. Wie 1831 forderte er seinen Berner Freund auf, eine eventuelle Wahl anzunehmen. Eine Wiederherstellung des alten Bern «me parait désormais une chose malheureusement impossible».<sup>21)</sup> Deshalb gehe es jetzt darum, dass gewiegte Politiker mit aufrichtigen und guten Absichten im Interesse des allgemeinen Wohls ihre Kräfte einsetzten. Zeitungen anderer Kantone befürworteten die Mitarbeit des Patriziats aufs wärmste.

Den mächtigsten Antrieb erhielt diese Wahlaktion durch die Tatkraft junger Patrizier, welche ihrer Untätigkeit überdrüssig waren. «Die Entfernung von allem Einfluss auf die öffentlichen

Geschäfte ist ihnen lästig, und sie sehnen sich nach einem bestimmten, ihrem Ehrgeiz entsprechenden Wirkungskreis», schrieb Stettler.<sup>22)</sup> Wie sehr die jungen Aristokraten unter der Tatenlosigkeit litten, und wie stark sie das Aussichtslose des blossen Abwartens empfanden, liest man aus dem Tagebuch Friedrich Zeerleders heraus: «Ich dachte an die Unbestimmtheit meines Treibens und das Nutzlose meiner Beschäftigungen, wenn sie noch so genannt werden können. Ich empfinde eine grosse Sehnsucht nach fruchtbarer Arbeit, die weniger unbefriedigend ist als die Arbeit in Gemeinde- und Burgersachen.»<sup>23)</sup> Über den Geschäftsgang der burgerlichen Behörden ärgert er sich: «Ich finde, dass mit den Nullen des ehemaligen Grossen Rates zugleich alle engherzigen Regierungsmaximen des ancien régime da hinein geflüchtet haben. Eine furchterliche Schreiberei erstickt jede Verbesserung im Keim, eine altväterische Scheu vor jeder Diskussion.»<sup>24)</sup>

So bildete sich im Sommer 1835 ein Propagandaausschuss für die Wahlen. Ihm gehörten alle Mitglieder des Bitschriftenausschusses von 1834 an. Hinzu kamen Friedrich Zeerleider, sein Freund Rudolf Tscharner vom Rothaus, Prokurator Eduard Stettler (1808—74) und Prokurator Julius Steck. Neben den Patriziern taucht ein Mann aus ländlichem Geschlecht auf, der 1834 seines Amtes als Notar entsetzte Fürsprech Ludwig Schär. Ein knapp umrissenes politisches Programm wurde entworfen. War es auch noch nicht systematisch ausgearbeitet, so enthielt es doch gewisse Grundgedanken, so das Bekenntnis zur demokratischen Staatsform, wenn auch mit Vorbehalten.

Der Wahlkampf wurde von den Patriziern gründlich vorbereitet. Die Aussichten auf einen Erfolg schienen nicht gering. Denn eben hatte sich die herrschende Partei in zwei feindliche Lager gespalten. Die Propaganda des Wahlausschusses bezweckte, die Patrizier und ihren Anhang zu Stadt und Land an die Urnen zu bringen. Die leitenden Männer hofften, dies dadurch zu erreichen, dass sie beliebte patrizische Persönlichkeiten baten, sich zu Wahlen zur Verfügung zu stellen. In der Stadt Bern wurde um die Zusage des alt Ratsherrn Zeerleider, des alt Oberamtmanns von Effinger und des alt Forstmeisters von Tavel geworben. Es wurde auch Verbindung mit den ländlichen Bezirken aufgenommen, um «zu bewirken, dass dort bessere Wahlen statthaben, allenfalls auch Berner gewählt werden». <sup>25)</sup>

Um die schwankenden, besonders die älteren Patrizier von der Notwendigkeit ihrer Mitwirkung zu überzeugen, wurde von Profes-

sor Ith eine Propagandaschrift verfasst. Die Mitglieder des Ausschusses versahen diese Schrift, welche hektographiert wurde, mit einem Begleitschreiben und sandten sie ihren Bekannten und Verwandten, so Dr. Wyss und Dr. Hahn an Schultheiss Fischer, Dr. Wyss an Ratsherr Zeerleder, August Tscharner an Emmanuel Rudolf von Tavel und an dessen Bruder, den Forstmeister, Eduard Stettler an den Vetter Karl Ludwig Stettler und an andere mehr. Im ersten Teil der Propagandaschrift werden Gründe angeführt, welche den Patrizier bewegen sollen, eine Wahl anzunehmen. In einem zweiten Teile werden die Einwände, welche gegen die Wahlbeteiligung erhoben werden, beseitigt. In der Einleitung werden die ehemaligen Magistraten gebeten, öffentlich zu erklären, eine Wahl anzunehmen. Denn «erst wenn der Bauer sicher ist, dass der Patrizier annehmen wird, kann er wählen».<sup>26)</sup> Ein Zukunftsbild wird ausgemalt: «Die Berner werden mit ihren Verbündeten vom Lande einen Block der Besten bilden, so dass sie bald geistig führen werden.»

Um Gründe, die Standesgenossen zur Annahme der Wahl aufzumuntern, ist man nicht verlegen. Es werden die Leiden aufgezählt, denen das Patriziat ausgesetzt sein werde, wenn es sich nicht rechtzeitig im Grossen Rate zur Wehr setze. Man erinnert an die Mediatisationszeit, wo die Patrizier, vom Volke gewählt, fruchtbar gewirkt hatten. Den Ultra wird zu bedenken gegeben: «Der Glaube, das Recht werde endlich doch siegen, ist nicht immer bestätigt worden.» Ebenso reichhaltig sind die Gegenargumente auf die Einwände der Unentwegten. Denen, welche die neue Verfassung nicht anerkennen wollen, wird entgegnet: «Man kann nicht ewig in einer negativen Opposition bleiben, denn diese Auffassung würde ein gewisses Chaos bedingen.» Wer am Gedanken festhält, die neue Regierung beruhe auf Usurpation, dem wird erwidert, keine Regierung sei ohne Gewaltsamkeiten in Grundsätzen und Handlung geblieben. Der alte Grosser Rat sei am 13. Januar 1831 freiwillig abgetreten. «Er kann nach der Meinung der Welt nicht wiederhergestellt werden.» Denjenigen, die sich über den scheinbar nutzlosen Idealismus des Juste milieu lustig machen, wird bedeutet: «Wer jetzt noch nach der Rückkehr der alten Zustände hofft, der ist noch viel wirklichkeitfremder... Schon die Restauration war ein heraufgebannter Schatten.»

Die Ultra nahmen dieses Memorial ungünstig auf. Sie beeilten sich, die Standesgenossen von der Beteiligung an den Wahlen abzuhalten. Ein Kreis von Ultra besprach die Propagandaschrift

eingehend. Einer von ihnen, Friedrich von Diesbach von Worb (1765—1845, des Gr. Rates 1803—14) verfasste ein Gegenmemorial. Er bat seinen Freund Rudolf Emanuel von Tavel, die Broschüre in Druck zu geben. Sollte die «Allgemeine Schweizerzeitung», «cette gazette soi disant aristocratique», die Annahme verweigern, so empfehle er, den radikalen «Beobachter» anzufragen.<sup>27)</sup> Man solle ruhig mit den Nationalen zusammengehen, «pour mieux combattre le juste milieu, sans cependant tenter aucune espèce d'alliance avec eux».<sup>28)</sup> Dieses Memorial konnte nicht veröffentlicht werden. Dagegen erschien in der «Allgemeinen Schweizerzeitung» ein Protest, unterzeichnet von einer «Mehrzahl Berner».<sup>29)</sup> Er war verfasst von Emanuel Rudolf von Tavel. Der Entwurf liegt in seinem Nachlasse.

Aus Entwürfen, Briefen und Tagebucheinträgen lassen sich die Gegenargumente der Ultra herauslesen. Der Freundeskreis um Tavel und Diesbach bemühte sich, für jedes befürwortende Argument der Wahlpropagandaschrift den überzeugenden Gegengrund zu finden. Es ging dem Schreiber und seinen Gesinnungsgenossen darum zu zeigen, dass sie aus innerster Überzeugung dem neuen Staatswesen ihre Gefolgschaft versagen müssten: «Wir glauben, dass die Demokratie für unser Land ein Unglück ist. Und nun sollten wir durch aktive Teilnahme dieses Landesunglücks befestigen?»<sup>30)</sup> Der Glaube, dass Gott das Recht beschütze, bestärkt sie in ihrer Überzeugung: «Der Christ darf mit Zuversicht glauben, dass kein Reich und keine Republik ohne Gnade Gottes besteht, und dass dieselben erst fallen, wenn sie durch Abfall von Gott sich dem Schutze der Allmacht entziehen.»<sup>31)</sup> Daraus folgern sie: «Den Fall der Aristokratie betrachten wir als Strafe Gottes. Denn heute geht über die Welt ein Gericht Gottes, ziemlich ähnlich demjenigen, das in der Völkerwanderungszeit über das römische Volk ging. Deshalb warten wir, bis die Dinge allmählich Gestalt gewinnen.»<sup>32)</sup> Die Ultra können die Hoffnung nicht verborgen, dass eines Tages das ihnen zugefügte Unrecht wieder gutgemacht werde. Bibel und Christentum dienen ihnen als Pfand: «Das Gute und Wahre muss am Ende immer siegen. Das lehrt uns Gottes Wort. Auch Christus musste für das Gute untergehen, darauf sich dann die Kirche baute.»<sup>33)</sup>

Was sonst an praktischen Gründen gegen die Teilnahme an den Wahlen vorgebracht wird, das lässt sich alles erklären durch den Glauben der Ultra, dass ihr gutes Recht siegen könne und müsse. Tavel erläutert durch einen Vergleich: Ebensowenig wie ein von seiner Mannschaft abgesetzter Kapitän sich entschliessen werde,

Meuterer in ihrer Stellung anzuerkennen, werde die Berner Aristokratie Revolutionäre als rechtmäßige Regenten anerkennen. Noch weniger werde es dem abgesetzten Kapitän einfallen, als Matrose auf seinem Schiff das Gnadenbrot zu essen. — 1835 hofft Karl Ludwig Stettler noch fest an eine Wiederherstellung des alten Zustandes. Darum freut er sich ob der Verlegenheiten der Regierung, ob der Zügellosigkeit und Untüchtigkeit der führenden Männer und der Willkür der Beamten. Denn dies alles könne die Unzufriedenheit des Volkes steigern: «Es wird ihm nach und nach die Überzeugung bringen, dass es unter der jetzigen Regierung und Verfassung nie zum Genusse eines festen, seine Ruhe und Frieden gewährenden Standes der Dinge gelangen könne.»<sup>34)</sup> Immerhin ist er nicht so ablehnend wie die Freunde Tavels. Ohne das Vorgehen der Vermittler-Gruppe zu billigen, versucht er zu verstehen, aus was für Gründen die jüngeren Patrizier sich an den Wahlen beteiligen wollen, und anerkennt das «lästige Gefühl der Unbehaglichkeit mit ihrer gegenwärtigen Lage, besonders bei den jüngern nach Tätigkeit strebenden Männern». <sup>35)</sup>

Der grossangelegte Propagandafeldzug brachte der Vermittlergruppe keinen Erfolg. In den im Oktober 1835 stattfindenden Wahlen wurden nicht einmal in der Stadt Patrizier gewählt. Dies wurde auf das Fernbleiben der Ultra zurückgeführt. Die «Allgemeine Schweizerzeitung» betonte: «Wenn alle sich eingefunden hätten, so hätte die Schlacht gewonnen werden können.»<sup>36)</sup> Trotz dem Misserfolg liessen sich die an der Staatspolitik interessierten Patrizier nicht entmutigen. Sie kündigten an, dass sie weiterhin in offener aktiver Opposition gegen die Missbräuche der neuen Regierung kämpfen wollten, «solange bis wir die ersehnte Überzeugung gewonnen haben, dass die gegenwärtigen Herrscher vom ernsten Vorsatz beseelt sind, die Verfassung auch da, wo sie ihnen Schranken auferlegt, gewissenhaft zu beobachten». <sup>37)</sup>

Andere Schlüsse zogen die Ultra. Dass die Patrizier nicht gewählt worden seien, müsse darauf zurückgeführt werden, «dass es an kluger und tätiger Leitung fehlte». <sup>38)</sup> Ferner sei schuld die «trostlose Gleichgültigkeit und der Mangel an Teilnahme am Wahlgeschäft». <sup>39)</sup> Daraus wurde abgeleitet, dass das Volk bewiesen habe, wie wenig reif zur Demokratie es sei. Um so mehr setzten die Ultra nun ihre Hoffnung auf eine «gewaltsame, wenn auch nur durch wenige auszuführende Reaktion zur Verbesserung der Lage». <sup>40)</sup>

#### *4. Der Sicherheitsverein*

Im August des Jahres 1836 fanden sich eine Reihe von Patriziern zusammen und riefen eine Organisation ins Leben, welche als Gegengewicht gegen den liberalen Schutzverein dienen sollte. Die Statuten belehren uns über Anlass, Zweck und Aufbau des Vereins. «Die Zeichen der Zeit deuten auf Sturm.»<sup>41)</sup> Mit dieser Einleitung wurde sein Hauptziel begründet. Sein offizieller Zweck bestand im Schutz «der Sicherheit der Personen und des Eigentums».<sup>42)</sup> Deshalb wurde der neuen Organisation der Name Sicherheitsverein zuteil. — Waren Name und öffentliches Programm nur Maske? Versteckte sich hinter dem harmlosen Ziel eine gefährliche Verschwörung? So fragte man sich damals; so dürfen wir heute fragen.

Für die Sicherheit der Personen und des Eigentums zu sorgen, hatten die Patrizier genug Anlass. Eben war der greise alt Ratsherr Zeerleder auf den blossen Verdacht hin, die 1798 geretteten Staatsgelder untreu verwaltet zu haben, verhaftet worden. Noch befand man sich mitten im Streit um das Dotationsgut der Stadt, und es waren schon verschiedentlich Stimmen laut geworden, der Stadt Bern das gesamte burgerliche Vermögen zu entziehen. Nicht minder drohend waren die Bestrebungen, die privaten Zehnten in den Bedingungen der Loskäuflichkeit den staatlichen anzulegen. Die burgerlichen Korporationen fühlten sich dadurch ganz besonders bedroht. Der Schutz, den der Sicherheitsverein seinen Anhängern vor der Gewaltpolitik der liberalen Machthaber gewähren wollte, war also kein blosser Scheingrund. Die Ereignisse des Jahres 1836 erhärten dies.

Doch hatte der Verein einen wichtigeren Zweck, von dem in den Statuten weit weniger die Rede ist. Die Gründer wollten den Bestand ihrer Anhängerschaft im Lande herum zahlenmäßig erfassen. Sie wollten sich in Zukunft nicht mehr, wie 1835, in einen Wahlkampf einlassen, ohne sich vorher über die Stosskraft ihrer Anhängerschaft vergewissert zu haben. Und die zu gründende Kampftruppe sollte so mächtig sein, dass sie dem Schutzverein überlegen sein könnte. Darum plante man, die Vereinsorganisation über den ganzen Kanton hin auszuspannen. «Jeder rechtschaffene Staatsbürger ist eingeladen, dem Verein beizutreten», heisst es am Eingang der Statuten.

Die Gründer träumten davon, die liberale Grossratsmehrheit in den Wahlen zu überwinden und die Aristokratie zum Siege zu führen. Dies wird klar, sobald man einen Blick in die privaten Quellen wirft. Unter den Gründern des Sicherheitsvereins befanden sich

nicht in erster Linie jene Patrizier, welche 1834 und 1835 einer Beteiligung der Aristokratie das Wort geredet hatten. Vielmehr trifft man einige der führenden Ultra an, so als Präsidenten den Oberstleutnant Albrecht von Muralt, bekannt als einer der Anwerber im Jahre 1831. Man wundert sich, als Vizepräsidenten und Sekretär den tatkräftigen und reaktionsfreudigen Obersten Gatschet zu sehen. Unter den Mitgliedern ragt der ebenfalls konservative alt Kantonsforstmeister Albert Viktor von Tavel hervor. Der Gedanke an die tätige Opposition scheint also endlich bis in die Kreise der Ultra gedrungen zu sein und sie von der Meinung getrennt zu haben, dass das liberale Regiment fallen werde, weil ihm keine tüchtigen Männer zur Verfügung ständen. Ebenso sehr hatten diese Ultra Abstand genommen von der Idee, dass die Demokratie nur durch eine Revolution verdrängt werden könne. Das erklärt Albert Viktor von Tavel seinem Bruder Emanuel Rudolf, der von einer Mitarbeit im neuen Staate gar nichts wissen will: «Wir wollen keine Revolution, denn da werden mit gleichem, ja mit besserem Fug die Verdrängten ihre ursprünglichen und besseren Rechte an die Demokratie geltend machen wollen... Es muss auf gesetzlichem Wege geschehen dadurch, dass wir die Stimmung und durch diese in den Wahlen die Stimme für uns gewinnen.»<sup>43)</sup> In ähnlicher Weise lenkte der wegen eines Pressevergehens verbannte und sehr reaktionär gesinnte Bernhard von Wattenwyl ein: «Ich glaube an eine Besserung, aber nicht an eine Herstellung des Früheren. Es handelt sich eben darum zu fragen, ob man lieber Hammer oder Amboss sein wolle.»<sup>44)</sup> — Wie sehr sich diese kampflustigen Ultra von den passiven sonderten, geht aus einer Bemerkung hervor, welche Oberstleutnant von Muralt dem Schultheissen von Tavel machte. Dieser leitete sie an Karl Schnell weiter, der sie seinem Bruder mitteilte: «Für seine Vettern wolle er (Muralt) nichts versprechen. Diese möchten nicht nur den Zustand von 1830, sondern denjenigen von 1798 herstellen.»<sup>45)</sup>

Den Leitern des Sicherheitsvereins war es also in erster Linie darum zu tun, eine möglichst grosse Anhängerschaft zu gewinnen, um dem Patriziate die Mehrheit der Grossratsmandate zu verschaffen. Darum fühlten sie die Notwendigkeit, mit den Patriziern des Juste milieu und nichtpatrizischen Gegnern der Liberalen zusammenzugehen. Als wertvolle Kraft versuchten sie den Staatsschreiber May in ihr Lager hinüberzuziehen. Forstmeister von Tavel klagt: «Ich kann nicht genug bedauern, dass May sich dem demokratischen Prinzip hingibt. Denn niemand wäre besser gewesen, das andere

geltend zu machen als er, der Kenntnisse und Energie in sich vereinigt.»<sup>46)</sup> Auch Tilliers Mitarbeit schien man zu schätzen. Er berichtet, dass sich ihm die Ultra im Herbst 1836 wieder genähert hätten, und man ihn zum Zeichen der Versöhnung an einen patrizischen Ball eingeladen habe.<sup>47)</sup> Tillier vermochte sich, wie es seinem Charakter entsprach, nicht zu entschliessen, eindeutig für den Sicherheitsverein Stellung zu nehmen. Dagegen wurde Staatsschreiber May, ohne Mitglied des Vereins zu werden, einer seiner Verteidiger. Sein Sohn war Mitglied des leitenden Ausschusses. — Mit Freuden wurden nichtpatrizische Gegner der Regierung in den Verein und sogar in den leitenden Ausschuss aufgenommen, so Notar und Fürsprech Ludwig Schär.

Ein drittes Moment noch war bei der Gründung des Sicherheitsvereines wirksam. Seine Bedeutung erklärt sich aus dem politischen Kräftespiel jener Tage. Der Sicherheitsverein genoss die besondere Unterstützung des französischen Gesandten. Den liberalen Grafen von Rumigny hatte 1835 der konservative Herzog von Montebello abgelöst. Dieser Wechsel hing mit der aussenpolitischen Schwenkung, die Frankreich damals vollzog, zusammen. Der grosse westliche Nachbar schloss sich enger an die konservativen Mächte des Ostens an. Solange Frankreich als liberaler Staat gegolten und die liberalen Kantone der Schweiz unterstützt hatte, brachten diese ihm besonderes Vertrauen entgegen. Frankreich genoss von allen Grossmächten den grössten Einfluss in der Schweiz. Zufolge der gesinnungsmäßigen Schwenkung Louis Philippe schloss sich der französische Gesandte der Politik an, mit der die Vertreter der Ostmächte die liberalen Kantone befeindeten. Da Montebello von Haus aus konservativ gesinnt war, hasste er die liberalen Machthaber in Bern. Obschon diese in Ermangelung anderer ausländischer Freunde weiterhin bei Frankreich Schutz und Halt suchten, behandelte Montebello sie kalt und freute sich, wenn er sie demütigen konnte.

Verfolgte der konservative französische Gesandte eine patrizierfreundliche Politik, indem er den Schnellen 1836 und 1838 so peinliche Niederlagen beibrachte? Die aussenpolitischen Schlappen sollten den Sturz der Schnell herbeiführen. Diese Überzeugung hegte Anton von Tillier: «Montebello liess sich ganz von den Gebrüdern Muralt leiten ... Dieser unheilvolle Einfluss war in jeder Weise verderblich und verleitete den Botschafter zu mehr als einem Missgriff.»<sup>48)</sup> Tillier, der in die Pläne des Sicherheitsvereins wenig eingeweiht war, urteilt vom Standpunkt des Unbeteiligten. Er mag von Standesgenossen Ungewisses erfahren haben und diese Gerüchte

zum obigen Urteil verdichtet haben. Zuverlässiger orientiert war Karl Ludwig Stettler, dessen Freund Gatschet einer der Leiter des Sicherheitsvereins war. Er schreibt: «Montebello ist reaktionär gesinnt. In seiner Note sind eine Menge Ausdrücke mit deutlicher Aufforderung zur Reaktion. Man will die gegen Frankreich so feindseligen Nationalen bekämpfen und der guten Partei die zu diesem Endzweck entscheidenden Erfolg versprechende Unterstützung Frankreichs zusichern.»<sup>49)</sup> Der Sicherheitsverein seinerseits sagte Frankreich seine Hilfe zu. Er legte sein Einverständnis mit der französischen Diplomatie an den Tag und trat im Oktober 1836 öffentlich für eine Frankreichs Forderungen anerkennende Aussenpolitik ein.

\*

Die politische Tätigkeit des Vereins richtete sich nach dem Hauptziel, in möglichst kurzer Zeit einen grossen Anhang zu schaffen. Dafür sorgte die Vereinsleitung von Anfang an mit grosser Energie. Sie gab dem Regierungsstatthalter von Bern zuhanden des Regierungsrates eine Erklärung über Gründung und Ziel des Vereins ab. Es wurde darin betont, dass der Sicherheitsverein kein reaktionärer Klub sei, sondern als legale Opposition betrachtet werden wolle. Dasselbe versicherte Muralt auch dem Schultheissen von Tavel «auf sein Ehrenwort: dass weder er noch seine Partei reaktionäre Pläne habe, sondern mit gesetzlichen Mitteln kämpfen werde.»<sup>50)</sup>

Die Leiter des Sicherheitsvereins stellten ein politisches Programm auf, das über die Errungenschaften der Revolution hinausging. Sie hofften die untersten Volksklassen für ihre Zwecke zu mobilisieren, indem sie ihnen die Einführung direkter Wahlen versprachen, «ansonst die Demokratie ein leeres Wort» sei.<sup>51)</sup> Die wirtschaftlichen Forderungen der ärmeren Volksklassen wurden vom Sicherheitsverein zwar nicht befürwortet, denn sonst hätten die Patrizier ihre Prinzipien verleugnen müssen. Doch suchten sie die «wegen der Gemeindewaldungen unzufriedenen Bauern und Tauner» — meistens Mitglieder des sogenannten Rechtsamelosenvereins — «in ihre Gefolgschaft zu ziehen», indem sie ihnen ein Bündnis gegen den gemeinsamen Feind, die ländliche Oberschicht, verschlügen.<sup>52)</sup> Mit kritischem Sinn untersuchten sie die Verfassung und erklärten dem Volke, dass in ihr die Grundsätze der Demokratie keineswegs verankert seien: «Alle die schönen Freiheiten, welche dem Volke versprochen worden sind, weichen gerade im

Augenblicke der Anwendung zurück wie eitle Luftgebilde.»<sup>53)</sup> Anhand von Vorkommnissen aus dem politischen Leben zeigten sie, dass unter dem Regiment der gegenwärtigen Machthaber keine Trennung der Gewalten bestehe, dass es weder Lehrfreiheit noch Unverletzlichkeit des Eigentums gebe. Sie erhoben den Vorwurf, dass die neue Regierung eine Gewaltherrschaft ausübe: «Im Grossen Rat ist ein Heer von Beamten, die ihre Stellen zu verlieren besorgen, wenn sie anderer Meinung sind als die Regierung.»<sup>54)</sup> Diese Behauptung belegten sie mit der Entlassung des Lehenskommissärs Wyss.

Die Kritik verbanden die leitenden Männer des Sicherheitsvereins mit der Stellungnahme zu den aussenpolitischen Fragen. Am 6. September 1836 reichte der Sicherheitsverein dem Grossen Rat eine Petition ein. Es wurde darin ein besseres Verhältnis zwischen Frankreich und der Schweiz gefordert. Die Patrizier empfahlen, keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen und auf alle Fälle keine ausländischen Professoren und Agenten an der Hochschule lehren zu lassen. Dann wären die Reibungspunkte zwischen Frankreich und der Schweiz beseitigt. — In geschickter Weise verbanden die Petenten innen- und aussenpolitische Forderungen. In ihrem Interesse lag die Mahnung, dass keinem Kantonsfremden oder Landesfremden die Ausübung politischer Rechte im Kanton Bern gestattet sein solle, bevor er zehn Jahre am gleichen Orte Wohnsitz gehabt habe. Sie suchten auf diese Weise unbeliebige Elemente vom politischen Leben, insbesondere der Stadt Bern, fernzuhalten. Es war aber zugleich eine Forderung, welche an das gesunde Heimatgefühl der Bevölkerung appellierte und den Sprechern deshalb Sympathie in diesen Kreisen erwerben konnte.

Die Kritik hatte den Zweck darzutun, dass es so lange keine Ruhe und gesunde Fortentwicklung gebe, als die bestehende Verfassung in Kraft sei. Daraus wurde die Forderung abgeleitet, dass nach Verfluss der sechs vorgeschriebenen Jahre eine *V e r f a s s u n g s r e v i s i o n* einzuleiten sei. Dieses Postulat diente als Hauptanziehungskraft in der Propaganda. Da auch die Nationalen den Ausbau der Demokratie forderten, vereinigten sich beide Gruppen in taktischen Fragen. Eine Verfassungsrevision konnte jedoch nur vom Grossen Rat ausgehen. So blieb das Hauptziel des Sicherheitsvereins die Mitgliederwerbung im Hinblick auf die kommenden Grossratswahlen, bei welchen man Mitglieder des Vereins in den Rat gewählt zu sehen hoffte. Eine rege Propaganda sorgte dafür, dass die politischen Postulate des Sicherheitsvereins überall be-

kannt wurden. Nach dem System der Schutzvereine wurden überall Zweigvereine gegründet. Die Anhänger rekrutierten sich hauptsächlich aus den unteren Schichten der Landbevölkerung. Wenig Anklang fand der Sicherheitsverein im Seeland, Oberaargau und untern Emmental. Starke Gruppen entstanden im Mittelland und Oberland, besonders im Seftigamt, in Thun, in Interlaken, in Brienz und Frutigen. Eine ansehnliche Gruppe bildete sich in Burgdorf.

Auch in der Stadt nahm der Verein im Laufe des Jahres 1836 an Mitgliedern zu. Doch gab es eine starke Gruppe von Ultra, die auch jetzt noch jede Beteiligung ablehnte. Sie warf ihren Stadesgenossen vor, der Verein habe zu wenig aristokratische Grundsätze. Sie verurteilte ihn als Halbheit. Stettler meinte, obschon sein Freund Oberst Gatschet in leitender Stellung tätig war: «Ich hege die festste Überzeugung, unter keiner andern als der ehemaligen aristokratischen Verfassung werde der Kanton Bern wieder zu jener alten beneidenswerten Ruhe gelangen können.»<sup>55)</sup> Eman. Rud. von Tavel entwarf einen Gegenvorschlag, wohl um ihn seinem Bruder vorzutragen: «Einzig durch eine kluge Rückkehr zu den politischen Grundsätzen Berns zur Zeit seines kräftigsten Emporblühens in den ersten Jahrhunderten der Republik durch Annahme aller einflussvollen angesehenen tüchtigen Landbewohner ins Bernische Bürgerrecht könnte wieder eine Aristokratie möglich werden.»<sup>56)</sup> Die passiven Ultra meinten, «der Sicherheitsverein gebe für die Herstellung einer in ihren Wünschen und Hoffnungen liegenden Ordnung der Dinge wenige Aussicht auf Mitwirkung.»<sup>57)</sup>

Trotz der Ablehnung vieler Aristokraten scheint der Verein bald eine stattliche Anzahl von Mitgliedern besessen zu haben. Es sind keine Akten mehr vorhanden, denen genaue Angaben über den Mitgliederbestand entnommen werden könnten. Doch waren die Leiter von der Stosskraft ihrer Truppe sehr überzeugt. Karl Schnell meldete seinem Bruder, Oberst von Muralt habe dem Schultheissen von Tavel im März 1837 erklärt: «Sie seien Meister von den Wahlen im künftigen Herbst. Auch auf dem Lande hätten sie jetzt eine starke Partei, die sie jetzt eifrig zu verstärken trachten werden.»<sup>58)</sup>

Die politische Bedeutung des Vereins lässt sich auch aus der Art und Weise, mit welcher er von der Regierung beargwöhnt wurde, erschliessen. Am 17. August 1836 erhielt Regierungsstatthalter Roschi von der Gründung des Vereins Nachricht. Er leitete die Meldung weiter an den Regierungsrat und fügte bei: «Ich gestehe, dass ich bei dieser Eröffnung etwas verlegen war, zumal kein Gesetz vorhanden ist, welches die Bedingnisse statuiert, unter welchen der-

gleichen Vereine zu gestatten sind.»<sup>59)</sup> Anders urteilten einige Regierungsstatthalter, in deren Amtsbezirken Zweigvereine gegründet worden waren. Sie empfanden die eben ins Leben gerufene Organisation als Gefahr für die Liberalen und als Schaden für die Verfassung. Regierungsstatthalter Weber von Thun formulierte diese Bedenken am schärfsten: «Es ist die Bildung eines Sicherheitsvereins eine Bildung eines Staates im Staate, etwas, das nicht existieren soll, eine Beleidigung der Regierung.»<sup>60)</sup> Der Regierungsrat, schon damals schwankend zwischen der Meinung Webers und derjenigen Roschis, antwortet: «Es gibt keine hinlänglichen Gründe, um der Bildung und der Verbreitung des Sicherheitsvereins hemmend entgegenzutreten.»<sup>61)</sup> Als Weber am 9. November 1836 einen zweiten Warnungsruf erliess, in dem er empfahl, den Sicherheitsverein «als constitutionswidrig zu unterdrücken»,<sup>62)</sup> da antwortete der Regierungsrat, «er könne die Auffassung von der Notwendigkeit einer Aufhebung nicht teilen.»<sup>63)</sup>

Ausserhalb des Regierungsrates sah man im Sicherheitsverein eine gefährliche Organisation der Gegner, ein Instrument in der Hand der Patrizier, um die Vorherrschaft der leitenden Parteimänner zu brechen. Regierungsstatthalter Weber erklärte: «Die Tendenz wird aus den Namen der leitenden Männer erklärlich.»<sup>64)</sup> Die Brüder Schnell dachten, sie müssten den Gegner bekämpfen, bevor er eine grosse Anhängerschaft im Volke besitze. Darum eröffneten sie einen heftigen Verleumdungsfeldzug im «Volksfreund». Nach dem Motto des Gewalthabers: «Wer nicht für mich ist, ist wider mich», kam der «Volksfreund» zu der einfachen Lösung: «Der Schutzverein ist erlaubt, denn er beschützt die neue Ordnung... Der Sicherheitsverein ist zu verbieten, denn er zerstört die neue Ordnung.»<sup>65)</sup> Der «Volksfreund» erhob die Beschuldigung, der Sicherheits- und Rechtsamelosenverein seien eine Einheit, sie stellten die getrennten Organisationen der einen versteckten und reaktionären Faktion dar. Diese werde «durch die Aristokratie zuerst als Mauerbrecher hervorgerufen».«<sup>66)</sup>

Dringender wurden die liberalen Warnungen 1837. Unter anderen war es Regierungsstatthalter Fromm von Burgdorf, der im Sicherheitsverein eine staatsgefährdende Vereinigung erblickte: «Ich darf mit Zuversicht behaupten, dass die Sicherheitsvereinler nicht wollen, was die Verfassung und ihre Anhänger wollen; folglich das Gegenteil.»<sup>67)</sup> In allen Eingaben an den Regierungsrat empfindet man den Groll der bisher unumschränkten Machthaber, die sich in ihrer Sicherheit gestört fühlen: «Die Errichtung eines

Sicherheitsvereines in der gegenwärtigen ruhigen Zeit ist schon an und für sich für die bestehenden Behörden eine grenzenlose Beleidigung.»<sup>68)</sup> Wieder befand sich der Regierungsrat zwischen zwei Feuern. Regierungsstatthalter Roschi warnte seine Vorgesetzten davor, den Verein zu unterdrücken: «Dann wäre die Tendenz gefährlicher, da man ihn dann nicht mehr beobachten könnte, da er im Geheimen würken würde.»<sup>69)</sup> Er nahm die Patrizier vor dem Vorwurf in Schutz, dass sie im geheimen Waffen ansammelten und mit den Rechtsamelosen eine gemeinsame Front bildeten.

Die Entscheidung war für den Regierungsrat um so schwieriger, als in eben jenen Tagen Karl Schnell im Grossen Rat den Anzug machte, der Grosser Rat möge den Sicherheitsverein als «gemeinschädliche Assoziation sogleich unter Strafandrohung aufheben und für die Zukunft mit Strenge jede ähnliche, der gegenwärtigen Ordnung der Dinge feindliche Verbindung verbieten.»<sup>70)</sup> Da Karl Schnells Anträge auf Widerspruch stiessen, wurden zwei weitere Anzüge am folgenden Tage eingereicht. Einige Grossräte milderten die Vorschläge Schnells, indem sie empfahlen, der Regierungsrat möge über Zweck, Umfang und Wirken des Sicherheitsvereins Erkundigungen einziehen und darüber Bericht erstatten. Dr. Markus von Morlot dagegen trug an, sämtliche politischen Vereine aufzuheben.

Am 20. Februar 1837 hatte der Grosser Rat über diese Anzüge zu entscheiden. Es herrschte bei den Machthabern die Auffassung, der Grosser Rat besitze die oberste Polizeigewalt, und daher solle er gegen alles einschreiten, was dem Staate schädlich sei. Die Mehrheit der Ratsmitglieder glaubte zwar, die Vereinsfreiheit dürfe nicht angestastet werden; aber staatsgefährliche Assoziationen müssten rücksichtslos unterdrückt werden. Der Schutzverein sei identisch mit dem, was das Volk wolle. Er sammle alle Leute, welche 1831 die Verfassung angenommen hätten. Der Sicherheitsverein dagegen sei weder regierungs- noch volksfreundlich. Er gewähre allen Feinden der neuen Ordnung in seinen Reihen Unterschlupf. — Dies war der Maßstab, mit dem die politische Gesinnungsfreiheit gemessen wurde. Hans Schnell erklärte den neuen Zustand des Kantons als den bestmöglichen. «Nicht einmal das Volk hat die Erlaubnis, den jetzigen Zustand, wenn er ihm nicht mehr passt, abzuschütteln.»<sup>71)</sup> Die Hauptaufgabe der Regierung sah er darin, «den jetzigen Zustand durch Dick und Dünn aufrechtzuerhalten». <sup>72)</sup> Daher glaubte er, es sei am Platze, dass der Verein als staatsschädigend aufgehoben werde. Karl Schnell bekämpfte den Antrag Dr. von Morlots, der alle

Vereine aufgehoben wissen wollte. Er warf ihm vor, dass er Freund und Feind mit der gleichen Elle messe. «Dann aber sagen wir, dass wir nicht mehr wissen, wer Freund und Feind ist.»<sup>73)</sup>

Die Nationalen und das Juste milieu verbanden sich, um den Schnellschen Antrag zu Fall zu bringen. Die Nationalen wandten ein, die beiden Brüder seien auf dem besten Wege, eine Diktatur der Partei zu errichten. Entschlossen entgegnete Kasthofer Hans Schnell: «Wenn die Mehrheit des Volkes lieber die alte Aristokratie will als allfällig eine neue, wer kann ihr das übelnehmen.»<sup>74)</sup> In glänzenden Reden verteidigten Schultheiss von Tavel und Staatschreiber May die demokratischen Rechte. Diese Patrizier wurden zu Anwälten der Rechtsgleichheit, der Vereinsfreiheit und der Trennung der Gewalten. May bezeichnete die Gesinnung der Schnell als despotisch. Karl Schnell denke höchst undemokratisch, wenn er es ablehne, Freund und Feind gleiches Recht geben zu wollen. May verglich ihn mit Ludwig XIV. Beide hätten sich im Staate verabsolutiert und dem Gesinnungsgegner keinen Raum mehr gelassen. — Zu gross war der persönliche Einfluss der Schnell, als dass Recht und Vernunft in der Abstimmung gesiegt hätten. Zu tief sassen der Hass gegen die Aristokraten und die Angst vor der Reaktion. Der «Volksfreund» schürte ohne Unterlass: «Der Unwill des Volksfreundes trifft jene verworfene Rotte, die noch vor wenigen Jahren bereit war, die Rückkehr ihrer eisernen Herrschaft durch Mord und Brand zu erzielen, jene Heuchelbande, die in meuchelmörderischer Stille Patronen anhäufte, um den Fels der neuen volkstümlichen Verfassung durch Neuenburgerpulver zu sprengen.»<sup>75)</sup> Von den drei Anzügen wurde der Schnellsche mit 94 gegen 57 Stimmen erheblich erklärt, die andern abgelehnt.

Der Anzug Karl Schnells gelangte zur Behandlung an den Regierungsrat. Diese Frist benutzte der Sicherheitsverein, um eine Eingabe an den Regierungsrat zu richten. Er wandte sich dagegen, dass der Grosse Rat sich zur obersten Polizeibehörde aufschwinge. Er appellierte an das Gerechtigkeitsgefühl der Regierung und erinnerte an die Grundsätze der Verfassung: «Wir haben nämlich eine Verfassung, und diese soll nach ihrem bestimmten Ausspruch und nach ihrem unzweideutigen Geiste für alle Staatsbürger ohne Ausnahme gelten und verbindlich sein... Würden die politischen Rechte nicht allen Staatsbürgern mit der gleichen Elle zugemessen, so würde von Stund an die Verfassung dahin gefallen sein. Die Regierung könnte dann nur noch in Folge der Gewalt des Stärkern fortbestehen, nicht mehr auf Recht.»<sup>76)</sup>

Die Nationalen teilten den Standpunkt der Patrizier. Denn auch sie standen als Verein nicht in Gnade bei den eben herrschenden Machthabern. Im «Beobachter» verteidigten sie den angegriffenen Sicherheitsverein und bestritten, dass er überhaupt aufgelöst werden könne, wenn er nicht gegen die Gesetze verstossen habe. Dann aber sei die kompetente Behörde, welche über das Fortbestehen einer ungesetzlichen Organisation bestimmen müsse, weder der Grossen Rat noch der Regierungsrat, sondern einzig und allein das Gericht.

Inzwischen hatte der Regierungsrat einen Vortrag über Karl Schnells Anzug ausgearbeitet, welcher dem Grossen Rate in der Sitzung vom 8. März 1837 vorgelegt werden sollte. Karl Schnell, der am 6. März als Nachfolger für den kränklichen alt Schultheissen von Lerber in die Exekutive gewählt worden war, war ungehalten über diesen Vortrag. Denn die Mehrheit der Regierungsräte wich vom Anzug Schnell ab und empfahl der Legislative ein Gesetz über das Vereinsrecht im Sinne des Anzugs Morlot. Ferner trug sie an, bevor man etwas gegen den Sicherheitsverein unternehme, zu untersuchen, ob die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen stimmten.

Als der Vortrag am 8. März bekannt wurde, löste er beim Anhang der Schnell einen Sturm aus. Karl stellte sich in Gegensatz zum Regierungsrat, dem er seit zwei Tagen von neuem angehörte. Er gab seiner Empörung Ausdruck darüber, dass dieser für alle Staatsbürger, sowohl die Gutgesinnten als die Feinde der neuen Ordnung, gleiches Recht walten lassen wolle. In langer Rede im Grossen Rat wies er die Kette von Reaktionen auf, welche das Patriziat seit dem Jahre 1802 organisiert habe. Und immer sei es der heute an der Spitze stehende Oberst Gatschet gewesen, der die Genrevolutionäre angeführt habe. Er habe den Stecklikrieg eingeleitet, er sei 1813 tätiges Mitglied des Waldshuter Komitees gewesen, sei 1832 nicht ohne Kenntnis des Werbekomplottes gewesen und plane auch heute den Sturz der Volksherrschaft. Da Schnell annahm, seinen Anhang von der Gefährlichkeit des Sicherheitsvereins überzeugt zu haben, zog er plötzlich einen von ihm entworfenen Dekretsentwurf aus der Tasche und legte den anstelle des Regierungsratsvortrags zur Abstimmung vor. Sein erster und wichtigster Artikel lautete: «Der sich so nennende Sicherheitsverein ist von nun an als gesetzwidrig und den Staat gefährdend aufgehoben.»<sup>77)</sup> Als gesetzwidrig bezeichnete er die Tendenz, «Personen und Eigentum der Staatsbürger sichern zu wollen». <sup>78)</sup> Dies sei ein Hoheitsrecht und gehöre nicht einem Verein. Um eine rechtliche Handhabe ge-

gen den Verein, der weder gegen die Verfassung noch gegen die Gesetze verstieß, zu finden, erklärte er, der Grosse Rat habe die oberste Polizeigewalt und solle sich nicht scheuen, sie zu gebrauchen. Um die Verfassungsverletzung zu entschuldigen, stellte er sie als in Notwehr dar. «Man muss deshalb nicht meinen, man müsse immer die Gerichtssatzung unter dem Arme haben.»<sup>79)</sup>

Regierungsrat Schnell wurde von seinen Anhängern energisch unterstützt. Die Angriffe auf den Regierungsrat häuften sich. Regierungsrat Jaggi, der die regierungsrätliche Mehrheitsmeinung nicht teilte, rief aus: «Der Grosse Rat soll dem Regierungsrat befehlen, seine Pflicht zu erfüllen.»<sup>80)</sup> Hans Schnell belehrte den Regierungsrat, dass er «nicht im Stande sei, eine organisierte Reaktion von einem einfachen Verein zu unterscheiden». <sup>81)</sup> Deutlicher als je kam es zum Vorschein, dass die Machthaber die Grundsätze, die sie zu beschützen versprachen, nur nach persönlichen Zwecken handhabten. Hans Schnell bekannte dies öffentlich: «Wenn die bestehenden Grundsätze nicht mehr von der Regierung geschützt werden, dann werden alle die, denen es um Stellen zu tun ist, sich von der Sonne wegwenden... Die andern kommen dann in den Ratsaal und nehmen eure Stühle ein. Darum, solange ihr diesen Leuten nicht auf die Finger klopft, indem ihr ihnen die Geldmittel und andere Mittel nehmt, zeigt, dass sie geächtet sind, solange habt ihr keine Ruhe vor ihnen. Das sind Leute, die nur Frieden machen, wenn sie die Knie auf dem Nacken haben.»<sup>82)</sup> Er schloss mit der Aufforderung an das Polizeidepartement, die fünf Leiter des Sicherheitsvereins «beim Gring zu nehmen». <sup>83)</sup>

Der Schnellsche Dekretsentwurf wurde stark angefochten. Patrizier des Juste milieu, aus dem Anhang der Schnell und solche, die den Nationalen nahe standen, empörten sich ob dieser Willkür. In ihren Voten kam sowohl das Rechtsgefühl als auch der gesunde Menschenverstand zu Wort. Sie wiesen die Beurteilung der von Schnell eingeklagten ungesetzlichen Handlungen der kompetenten Behörde, dem Gericht, zu. Sie mahnten an die Grundsätze der Verfassung und wiesen darauf hin, dass der Verein um so gefährlicher werde, wenn man ihn unterdrücke. Alle diese Argumente vermochten den festen Anhang der Schnell nicht zu sprengen. In der ohnehin schwach besuchten Sitzung wurde der Dekretsentwurf von Karl Schnell mit 65 gegen 44 Stimmen angenommen. Er erhielt dadurch Gesetzeskraft. Der Antrag des Regierungsrates war gegenstandslos geworden. Am folgenden Tage sollte der Entwurf in ein Gesetz umgewandelt werden. Staatsschreiber und Regierungsrat lehnten es

ab, dem Anzug Gesetzesform zu geben. Da übernahm es Karl Schnell selbst.

In seinem Votum hatte Lehenskommissär Stettler den Schnell vorgeworfen, dass sie den gleichen Fehler begangen hätten wie Karl X., als er seine Ordonnanzen erlassen habe. In der Tat war dies ein Gewaltakt. Die Leidenschaft der Schnell vermochte ihren Anhang gegen alle Rechtsbedenken zu überzeugen. Karl Schnell sagte heraus, was er unter Regieren verstehe: «Die Gewalt zu gebrauchen wissen.»<sup>84)</sup> Das führte zur Gelegenheitsgesetzgebung. Wohl wollten die Liberalen bis jetzt alles nur zum Schutze der Verfassung und der Grundsätze getan haben. Doch auch darüber klärte nun Hans Schnell auf, indem er betonte, dass die Gesinnungsgemeinschaft der herrschenden liberalen Schicht wesentlich eine Interessengemeinschaft sei. Damit stellten sich die Liberalen auf den Boden des Despotismus, indem sie zum Prinzip erhoben: Gesetz ist, was unsren Interessen nützt.

Dauerte auch die Herrschaft der Schnell noch volle anderthalb Jahre unvermindert weiter, so war doch dieser Tag der Höhepunkt und zugleich der Wendepunkt ihrer Macht. Ihre Ruhe war dahin. Ihre Angst vor der Reaktion steigerte sich, und die Gewaltmassnahmen mehrten sich. Um die Macht aufrechtzuerhalten, griffen sie zu ausserordentlichen Mitteln. Karl übernahm die Zentralpolizeidirektion und vereinigte grosse Befugnisse in einer Hand. Sein Anhang zerfiel aber in dem Maße, wie er auf Machtmittel vertraute. Es fällt auf, dass Schnell sogar seinem treuesten Freunde im Regierungsrate, dem Schultheissen Tscharner, misstraute. Hans unterstützte ihn in dieser Meinung und mutmaßte, «Tscharner sei von den Alten untergraben, oder sei aus Hass gegen die, welche ihn persönlich beleidigten, blind geworden und darum an Kindestatt gekommen».<sup>85)</sup> Zwei Tage später vermutete Hans, Schultheiss Tscharner «sei mit der Aussöhnung von Stürler, Zeerleider und dem neuen Regime beschäftigt... Etwas Widersprechendes, Unsicheres und Bösgewissiges lag doch offenbar in seinem ganzen Benehmen».<sup>86)</sup> Den Schultheissen von Tavel betrachteten die Schnell als ganz verloren. Sie glaubten, dass er Tscharner ins Lager der patriarchischen Opposition ziehen wolle: «Heute habe ich», schreibt Hans, «aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, dass die Fusion, schon geraume Zeit angebahnt, von den beiden Schultheissen, von Tavel dolose, von Tscharner culpose, eifrig unterstützt worden ist. Tavel soll gesagt haben, mit dieser Canaille sei es zu beschwerlich im Regiment zu sitzen.»<sup>87)</sup>

### *5. Der Vaterländische Verein*

Kaum war der Sicherheitsverein durch einen Akt der Gewalt aufgelöst worden, fanden sich mehrere seiner ehemaligen Leiter zusammen, um am 28. März 1837 die Mitglieder des ehemaligen Sicherheitsvereins in eine andere Organisation, den Vaterländischen Verein, aufzunehmen. Als Präsident der Gründungsversammlung sprach Fürsprech Ludwig Schär, als erster Redner Oberstleutnant von Muralt. Das offizielle Ziel des Vereins wurde dieses Mal vorsichtiger formuliert. Man erging sich in allgemeinen Redensarten. Es wurde beteuert, dass nur verfassungsmäßige und gesetzliche Mittel angewendet werden sollten, um die Freiheit und Rechtsgleichheit zu schützen. Als Hauptzweck des neuen Vereins wurde die Propaganda für die Revision der Verfassung proklamiert. Wichtigstes Anliegen der Patrizier war es, die direkten Wahlen einzuführen, «so dass das ganze Volk wählen kann und die Patrizier eher Erfolg haben, wieder ans Ruder zu kommen».<sup>88)</sup>

In Wirklichkeit ging es im Frühjahr 1837 den Gründern des Vereins vor allem darum, ihre Anhängerschaft im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu sammeln und zu vergrössern. Darum setzten sie gleich kräftig mit der Mitgliederwerbung ein. Darob erschraken die liberalen Machthaber, die meinten, den Feind besiegt zu haben. Karl Schnell bat Hans, den Burgdorfer Regierungsstatthalter Fromm zu beauftragen, der Gründungsversammlung des Vaterländischen Vereins in Burgdorf beizuwöhnen, um ein genaues Namenverzeichnis der Anwesenden aufzunehmen, «das man unfehlbar im Volksfreund publizieren muss».<sup>89)</sup> Fromm sollte die gefährlichen Männer «beobachten und vernehmen, ob sie sich oft von zu Hause entfernen, wohin sie gehen, wen sie sehen, was für Mittel sie anwenden, den Verein zu stärken».<sup>90)</sup> In Brienz entstanden Schlägereien zwischen den Liberalen und den Anhängern der Patrizier. In Trachselwald fragte Regierungsstatthalter Güdel einige Bewohner aus, von wem sie zur Gründungsversammlung eingeladen worden seien. Güdel verlangte, indem er mit schweren Strafen drohte, dass ihm die Namen weiterer Vereinsmitglieder angezeigt würden.

Die unentwegten Ultra lehnten eine Beteiligung am neuen Verein ab. Stettler warf den Leitern vor, dass sie für Mäßigkeit und Recht plädierten. «Mäßigkeit ist eine Tugend, die dem Sieger gziemt. Dem Unterdrückten gegen die Gewalttat des Unterdrückers hilft die Tugend wenig. Ihm bleibt nur gewaltsame Notwehr...»

Ohne Tod der Schnell kein Heil für Bern.»<sup>91)</sup> Einen halben Monat später ärgerte er sich neuerdings über das Verhalten des Vaterländischen Vereins: «Sehen die Patrizier nicht ein, dass man unter der Gewaltherrschaft einer Faktion steht, wider die nicht Gesetz und Recht, sondern einzig Gegengewalt wirksam ist... Kein echter Patrizier schliesst sich einem Verein an, der die Verfassung erhalten und schützen will.»<sup>92)</sup>

\*

Die Liberalen liessen ihre Gegner bald fühlen, dass sie gewillt seien, jeden neuen Widerstandsherd im Keime zu ersticken. Bei der Gründung eines Zweigvereins in Brienz kam es zum offenen Ausbruch und zu militärischen Massnahmen der Regierung. Am 30. April 1837 wurden die ehemaligen Mitglieder des aufgelösten Sicherheitsvereins im Oberhasle zur Gründungsversammlung des Vaterländischen Vereins nach Brienz eingeladen. Der «Volksfreund» bat seine Getreuen, sich ebenfalls zahlreich einzufinden, um, wenn nötig, gegen die Aufrührer einschreiten zu können. Alt Amtsschreiber Schärer hielt an die ungefähr 800 Anwesenden eine Rede, welche, nach der Mitteilung der anwesenden Liberalen, «von Anfang an eine offene Aufforderung zur Reaktion war.»<sup>93)</sup>

Regierungsstatthalter Hügli von Interlaken, dem offenbar von Schärers Rede übertriebener Bericht erstattet worden war, meldete, was er vernommen hatte, nach Bern und bat um Direktiven, wie er gegen Schärer und andere Rädelsführer vorzugehen habe. Man bedeutete ihm, den alt Amtsschreiber und zwei Brienz-Wirte zu verhören. Der pflichtgetreue Beamte verhaftete Schärer sogleich. Wirt Michel von Brienz, der sich auf der Reise nach Bern befand, wurde in Thun angehalten. Er wurde mit Schärer zusammen auf Befehl des Zentralpolizeidirektors nach Bern transportiert. Dieser Polizeigewaltige war Karl Schnell, der zwei Tage vorher, am 5. Mai, zu diesem Amt erwählt worden war. Damals hatte er über seine zukünftige Tätigkeit vorausgesagt, es sei schwierig, die Demarkationslinie zwischen Präventiv- und Strafjustiz zu ziehen. Er werde in Zukunft vielleicht öfters gezwungen sein, ohne Einverständnis der Exekutivbehörde zu handeln und könne ihr erst nachher Rechenschaft ablegen. Der Fall, den Karl Schnell am 5. Mai in Erwägung gezogen hatte, trat zwei Tage später ein. Dies zwingt zur Vermutung, dass Karl Schnell schon am 5. Mai um die Massnahmen des Regierungsstatthalters von Interlaken gewusst habe, und dass

er sich, um einen möglichen Aufruhr der Oberländer besser bekämpfen zu können, zum Polizeidirektor habe wählen lassen.

Die Nachricht von der Verhaftung des alt Amtsschreibers Schärer weckte bei der Bevölkerung von Brienz und Meiringen grosse Empörung. Als am Sonntag Wirt Huggler von Brienz verhaftet werden sollte, da wurde den Polizisten Gewalt entgegengesetzt. Am Abend strömten die Männer aus der Gegend zusammen und beschlossen, am Sonntag nach Interlaken oder nach Bern zu marschieren, um alt Amtsschreiber Schärer zu befreien. Der Regierungsstatthalter erschrak ob diesen Anstalten höchlich und erliess einen Hilferuf nach Bern. Er forderte dringend eine Regierungsabordnung. Statt dessen befahl Karl Schnell seinem Freunde Oberstleutnant Knechtenhofer von Thun, in Eile Truppen zu sammeln und den Zug der Aufrührer zu zerstreuen. Es gelang Knechtenhofer am Sonntag, den Zug der etwa fünfhundert Brienzer aufzuhalten und die Bauern unter Androhung von Gewalt zur Rückkehr zu bewegen.

Wilde Gerüchte über die Brienzer Ereignisse durchkreuzten den Kanton. Darum erachtete es die Regierung als notwendig, den Grossen Rat am 8. Mai über die Vorfälle aufzuklären. Schultheiss von Tavel erstattete Bericht über das am Sonntag Vorgefallene und verlas die Rapporte von Regierungsstatthalter Hügli und Oberstleutnant Knechtenhofer. Am nächsten Tage hielt der Vaterländische Verein in Bern eine Protestversammlung ab und beschloss, eine Vorstellung an den Regierungsrat zu senden. Es wurde darin bemerkt, dass durch die «militärische Besetzung des Oberlandes» die Verfassung neuerdings schwer verletzt worden sei. Schärer sei dem kompetenten Richter entzogen worden. Die Leiter des Vaterländischen Vereines wünschten, dass über die militärische Besetzung eine Untersuchung eingeleitet und dass Schärer dem ordentlichen Richter überwiesen werde. Schultheiss von Tavel verweigerte die Annahme der Vorstellung, da er «unter den gegenwärtigen Umständen keine Mitteilung des sogenannten Vaterländischen Vereins zu Handen des Regierungsrates annehmen» könne.<sup>94)</sup>

Welches waren die Ziele der Regenten? Handelten sie aus blinder Eifer oder planvoller Berechnung? Aus der Formulierung des Antrages darf man vermuten, dass ihnen sehr daran gelegen war, die Patrizier als Schuldige der Brienzer Ereignisse darzustellen. Karl und Hans Schnell lebten 1837 in einer ganz besondern Angst vor der Aristokratie. Anfangs April schrieb Hans dem Bruder: «Ich glaube bestimmt, dass die Alten wieder ans Ruder wollen.»<sup>95)</sup> Der

Brienzherhandel war wie gemacht dazu, dem Gegner die Waffen aus der Hand zu schlagen. Man brauchte nur die Parole auszugeben, die Patrizier hätten von Brienz aus eine neue Reaktion anzetteln wollen, und dann konnte man den Feind vernichten. So riet Karl: «Bei den Verhören im Oberland hat man zwar den Faden nach der Hauptstadt nicht aufgefunden»; trotzdem stelle sich die Sache als ein Aufstand heraus, der «ganz gewiss von Bern ausging».<sup>96)</sup> Wurde diese Vermutung zur Behauptung erhoben, dann konnte man den gefährlichen Vaterländischen Verein auflösen. Dann war es sogar denkbar, aus der Brienzeraffäre einen neuen Reaktionsprozess zu machen und die einflussreichen Patrizier hineinzuverwickeln.

In diesem Sinne antwortete Schnell, als verschiedene patrizische Grossratsmitglieder in der Sitzung vom 10. Mai den Regierungsrat und die Zentralpolizeidirektion zur Rechenschaft ziehen wollten. Hans Schnell belehrte sie darüber, dass das Patriziat seit 1831 «systematisch und methodisch» versucht habe, in einer «breit angelegten und über das Land verzweigten Verschwörung, Friede und Ruhe zu zerstören».<sup>97)</sup> Dieses Lumpengesindel sitze in Bern; hier sei der Focus, der Mittelpunkt aller Umtriebe. «Glauben Sie, wir würden auf dem Lande alle diese Sauereien haben, wenn nicht Bern in der Mitte wäre?»<sup>98)</sup> Hans Schnell forderte auf, diesen «verpesteten Ort von der Landschaft abzuschneiden» und stellte den Antrag, «dass die Urheber und Leiter dieser verbrecherischen Umtriebe nach aller Strenge der Gesetze prozediert werden», ansonst er andere Mittel anzuwenden wissen werde; «dann soll aber niemand über Gewalttätigkeiten schreien oder über Verletzung der Verfassung und Gesetze.»<sup>99)</sup>

Karl Schnell unterstützte den Antrag seines Bruders. Jetzt endlich stiessen die beiden Gewalthaber auf grossen Widerstand. Redner aus allen Lagern protestierten gegen die despotischen Methoden. Staatsschreiber May zieh Hans Schnell der Aufforderung zum Bürgerkrieg. Sogar Fellenberg fand scharfe Worte gegen die Schnell. In der Abstimmung wurde der Antrag Hans Schnells abgelehnt.

\*

Der Vaterländische Verein konnte in der Folge seine Tätigkeit ungehindert fortsetzen. Sie beschränkte sich auf zwei wesentliche Punkte des Programms: auf die Wahlpropaganda für die Herbstwahlen 1837 und auf die Werbetätigkeit zum Zweck einer Verfassungsrevision.

Im Herbst 1837 beteiligte sich der Vaterländische Verein

als politische Gruppe an den Grossratswahlen. Der Erfolg war gering. Einzig in der Stadt wurden Staatsschreiber May, Ludwig Fischer von Reichenbach,\* alt Ratsherr Karl Emanuel von Graffenried und Fürsprech Ludwig Schär als Vertreter des Vaterländischen Vereins gewählt.\*\* Warum dieser Misserfolg? Hatte doch Oberst von Muralt im März dem Schultheissen von Tavel versichert, im Herbst sei seine Partei Meister von den Wahlen. Man hat den für die Patrizier ungünstigen Ausgang der Wahlen wohl darauf zurückzuführen, dass es ihnen nicht gelang, ihre Anhänger an die Urne zu bringen. Teilweise wurden diese von den Liberalen eingeschüchtert; anderseits aber hatte die Partei an Stosskraft eingebüßt, nachdem ihre erste Organisation, der Sicherheitsverein, aufgelöst worden war. Die Patrizier scheinen mit dem bescheidenen Wahlerfolg zufrieden gewesen zu sein. Stettler, der jede Beteiligung am neuen Staat verurteilte, bekannte nun: «Dadurch wird die nachteilige besonders im Ausland herrschende öffentliche Meinung von der gänzlichen Vernichtung und Kraftlosigkeit unserer Partei widerlegt. Noch weit grösseren Nutzen hoffe ich von dem günstigen Eindruck, den dieses erste so kräftige Lebenszeichen unserer Partei und ihres überwiegenden Einflusses wenigstens in der Hauptstadt, bei allen Gutgesinnten in der übrigen Schweiz und im Canton selbst hervorbringen muss, wodurch diese wieder zu neuem Mut und Tätigkeit belebt werden sollten.»<sup>100)</sup>

Im nächsten Jahre wurde in einer Ersatzwahl für den liberalen Oberst Wäber alt Oberamtmann Robert von Erlach von der Stadt in den Grossen Rat abgeordnet. Em. Rud. von Tavel bezeichnete diese Wahl als «eklatanten Sieg der conservativen Partei». <sup>101)</sup> Die Ergänzungswahlen im Jahre 1839 zeigen nur bescheidene patrizische Wahlsiege. Auf dem Land wurde kein Patrizier, in der Stadt deren drei gewählt. Es waren Friedrich May, Prokurator, der Sohn des Staatsschreibers, Friedrich Zeerleder und Rudolf August Tscharner. Karl Ludwig Stettler, der Stimmungsmensch, zeigte, im Gegensatz zu 1837, wenig Freude: «Mir ist die fast allgemeine Teilnahme beinahe des gesamten Patriziates von dieser unnützen Wahlverhandlung nur ein neuer trauriger Beweis des gänzlichen Verfalls des alten Berner Charakters.» <sup>102)</sup> — Mit einer Zahl von zehn Abgeordneten mussten sich die Patrizier auch

\* Ludwig Fischer, 1805—84, des Grossen Rates 1837—46, Verfassungsrat 1846, Regierungsrat 1850, dessen Präsident 1852.

\*\* In den Landbezirken wurden keine Patrizier gewählt, obschon sie sich darum beworben hatten.

in Zukunft zufrieden geben. Erst 1850 gelang es ihnen, in Verbindung mit den ehemaligen Feinden, den Liberalen, einen durchschlagenden Wahlsieg zu erringen.

In der Propaganda für eine Verfassungsrevision hatten die Patrizier noch weniger sichtbaren Erfolg. Sechs Jahre, wurde in der Verfassung von 1831 festgesetzt, dürfe diese nicht revidiert werden. Im Oktober 1837 war diese Frist verflossen. Eben damals setzten die Patrizier mit ihrer Werbetätigkeit ein. Karl berichtete seinem Bruder schon am 20. August: «Die Vorrechtler sammeln Unterschriften für eine Verfassungsrevision. Sie werden gemeinschaftlich mit den Pseudonationalen auf direkte Wahlen hinsteuern.»<sup>103)</sup> Am 12. Oktober 1837 berief der Vaterländische Verein in Bern eine Versammlung ein. Die Anwesenden beschlossen, dem Grossen Rat eine Petition zur Verfassungsrevision einzureichen. Die Reformwünsche wurden kurz formuliert beigefügt. Die Patrizier wünschten die Einführung des direkten Wahlverfahrens ohne Zensus, Abschaffung der Selbstergänzung des Grossen Rates und des 43. Verfassungsparagraphen. Sie empfahlen, in der neuen Verfassung dafür zu sorgen, dass die Unabhängigkeit der richterlichen Behörden besser gewahrt werde.

Diese Eingabe wurde dem Grossen Rate, mit zahlreichen Unterschriften versehen, am 12. März 1838 überreicht. In der Einleitung wurde begründet, weshalb man Reformen beantrage. Das indirekte Wahlverfahren, hiess es, verstosse gegen die Volkssouveränität. Nur dann sei das Volk wirklich souverän, wenn es selbst und direkt wähle. Aus dem gleichen Grunde wurde die Selbstergänzung des Grossen Rates abgelehnt. Der 43. Paragraph stelle eine auffallende Verletzung des Grundsatzes dar: «Der Staat anerkennt keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Personen und Familien.» Die Unabhängigkeit der Gerichte sei die festeste Stütze der Freiheit der Staatsbürger. —

Die Patrizier traten also für eine genaue Einhaltung demokratischer Grundsätze ein. Wie verträgt sich das mit ihren Prinzipien? Ihre Stellungnahme ist nur zu verstehen, wenn man bedenkt, dass sie durch die Verfassungsrevision bezweckten, einen ihrer Partei günstigeren Wahlmodus einzuführen. Sie kamen in Vorteil, wenn der Zensus und das indirekte Wahlverfahren abgeschafft wurden, da ihre Anhängerschaft sich meistens aus den ärmeren Bevölkerungskreisen rekrutierte. Die Erfahrung hatte zudem gezeigt, dass bei indirekten Wahlen kaum der 10. Teil der Wähler an die Urne ging. Oft war es vorgekommen, dass weniger Urwähler anwesend

waren, als Wahlmänner zu bestimmen waren. Auf diese Weise waren die Wahlen meistens dem Einfluss einiger mächtiger Liberalen unterworfen gewesen. Darum hofften die Patrizier, sobald direkte Wahlen stattfänden, könnten sie zu grösseren Wahlerfolgen kommen. — Auch die übrigen Punkte des Reformprogramms entsprangen Überlegungen praktischer Art. Wenn die Selbstergänzung des Grossen Rates dahinfiel, dann hatte die herrschende Partei nicht mehr die Möglichkeit, die Legislative mit ihren Kreaturen zu ergänzen. Wenn endlich der 43. Paragraph der bestehenden Verfassung aufgehoben wurde, dann war der Weg offen, dass das Patriziat im Grossen Rat die Mehrheit erringen konnte.

Der Grosser Rat verfolgte den Petenten gegenüber eine Taktik des Verschiebens. In der Eröffnungssitzung des Grossen Rates am 19. Februar 1838 verkündete Hans Schnell: «Wer Veränderung will, kennt den Geist des Bernervolkes nicht, der auf Ruhe tendiert.»<sup>104)</sup> Während des ganzen Jahres 1838 kam die Petition des Vaterländischen Vereins im Grossen Rate nie zur Sprache. Am 11. Dezember endlich reichten alt Staatsschreiber May und Fürsprecher Schär eine Mahnung ein. Die Liberalen bedienten sich eines Vorteils, der ihnen das Verhandlungsreglement bot. Sie erhoben die Mahnung zum Anzug und erklärten ihn als nicht erheblich. Auf diese Weise konnten sie einer Diskussion entgehen.

In der Folge verstummte die Diskussion um die Verfassungsrevision im Grossen Rate. Die Propaganda suchte und fand andere Wege. Sie wandte sich in der Zeitung und in Flugschriften ans Volk. 1840 erschienen drei Broschüren, welche Projekte für die Neugestaltung einer bernischen Verfassung enthielten. Die eine, «Unverfängliche Randglossen zu der Verfassung für die Republik Bern nebst Vorschlägen zu einer Revision derselben», stammt aus der Feder eines gemäßigten Patriziers, des Fürsprechs Ed. Ludw. Gabriel von Müller. Er war in Hofwyl erzogen worden und fühlte sich deshalb, wie er in seinen Memoiren schreibt, «von Jugend auf stark zu demokratischen Grundsätzen hingezogen». <sup>105)</sup> 1839 trat er mit seiner Broschüre hervor und unterstützte von nun an die oppositionellen Patrizier. 1844 wurde er Bondelis Nachfolger als Redaktor der «Allgemeinen Schweizerzeitung». Müllers Schriftchen hat die Merkmale eines Erstlings. Er ist ungenau und unsystematisch. Prinzipien stellt er keine auf. Seine Ausführungen bieten wenig anderes als die Reformvorschläge, welche der Vaterländische Verein 1838 eingegeben hatte.

Wie sehr sich oppositionelle Patrizier und Nationale in den Be-

mühungen um eine Revision trafen, geht aus einer Besprechung hervor, welche eine Broschüre aus dem Lager der Nationalen in der «Allgemeinen Schweizerzeitung» erfuhr. Der anonyme Verfasser empfahl ein weitgehendes Reformprogramm im Sinne einer Erweiterung der Volksrechte, wobei er selbst auf die Notwendigkeit des Volksreferendumsrechtes in der Gesetzgebung aufmerksam machte. Der patrizische Rezensent distanziert sich zwar vom «Produkt der Nationalpartei», bemerkt aber: «Trotzdem muss ein jeder, der ganz conservativ ist, in vielen wichtigen Punkten mit ihm einverstanden sein.»<sup>106)</sup>

Ganz anders geartet waren die Verfassungsreformpläne der Ultra. Da die «Allgemeine Schweizerzeitung» immer mehr mit dem Vaterländischen Verein sympathisierte, veröffentlichten sie ihre Vorschläge in einem klerikal-konservativen Blatt, in der «Schildwache am Jura». Sie wurde vom Solothurner Emanuel Scherer redigiert und unterstand dem massgebenden Einfluss Karl Ludwig von Hallers. Ausser Emanuel Rudolf von Tavel sandten auch andere Berner Ultra ihre Artikel nach Solothurn. In den Jahren 1838 und 1839 wurde die Frage der Berner Verfassungsrevision in jenem Blatt mehrmal berührt. Im Nachlass Em. Rudolf von Tavels befinden sich einige Aufsätze, welche in der «Schildwache» auszugsweise erschienen sind. Tavel stellte seine Vorschläge später systematisch zusammen und wollte sie veröffentlichen. Der Entwurf findet sich im Nachlass. Er trägt folgenden Titel: «Entwurf eines Begehrens um Änderung der Verfassung, welche von Gemeinden, die des gegenwärtigen Regiments satt sind und die Herstellung eines Rechtszustandes wünschen, eingegeben werden könnte.» Der Tod verhinderte Tavel, den Entwurf an die Öffentlichkeit zu bringen.

Schon der Titel genügt, um uns zu zeigen, wie kämpferisch die Ultra noch eingestellt waren. Tavel schickt seinem Reformprogramm eine Kampfansage voraus: «Sollte unsern Wünschen nicht entsprochen werden, so halten wir uns nicht mehr an die Verfassung gebunden, sondern werden eine Obrigkeit wählen, welche die verlangten Rechte gewähren wird.»<sup>107)</sup> Er übt Kritik an den gegenwärtigen Zuständen und neuen Grundsätzen. An ihrer Stelle verkündet er «wirkliche und nicht scheinbare Freiheiten». Unter ihnen ragen hervor die Vereinsfreiheit, die Freiheit der Person und des Eigentums und die alte Gemeindefreiheit. Tavel schlägt vor, die abgeschaffte Autonomie der Burgergemeinden auferstehen zu lassen. Ausserdem plädiert er für eine beschränkte Gewerbe- und Handelsfreiheit und verlangt die Freiheit der Kirche im Sinne einer

geistigen Unabhängigkeit vom Staat. Die Schule will er der Kirche untergeordnet wissen. In zweiter Linie plant er, die Volksrechte zu erweitern, im Sinne eines allgemeinen Steuerbewilligungsrechts des Volkes und einer nach ständischen Gedanken geordneten Gesetzgebungskammer. So, glaubt er, werde das gesamte Volk durch seine ihm direkt verantwortlichen Abgeordneten ein gewisses Kontroll- und Vetorecht besitzen.

Das Prinzip des Tavelschen Entwurfs ist trotz den verkündigten Freiheiten und Volksrechten ständisch-aristokratisch. Das neue Gedankengut dient nur zur Verkleidung. Tavel vermischt auf eigentümliche Weise altes und neues Gedankengut, wenn er die Freiheit folgendermaßen definiert: «Jeder soll frei sein beim Handeln, sofern er die Freiheiten des Nächsten nicht verletzt.» Die Gleichheit wird in ähnlicher Weise erklärt: «Jedermann hat das gleiche Recht zu leben und zu handeln.» Tavel anerkennt zwar die Volksrechte ausdrücklich. Aber er bestreitet, dass es überhaupt ein Volk gebe, welches sich selbst regieren könne. Eine Regierung müsse von Gott eingesetzt sein, damit die Menschen, welche in angeborener Schlechtheit und Leidenschaft lebten, in Zaum gehalten würden. Neu war nur der Weg, welchen Tavel zur Verwirklichung seines Programms empfiehlt. Er vermeidet es, von einer Wiedereinführung der ehemaligen Zustände durch Anwendung von Gewalt zu sprechen. Er baut auf die wachsende Unzufriedenheit des Volkes und glaubt, dieses werde eines Tages, durch solche Vorschläge bewogen, selbst aufzustehen und die Aristokraten bitten, die Regierungsgeschäfte wieder in die Hand zu nehmen.

Da Tavels Programm in der «Schildwache» veröffentlicht wurde, äusserten sich die gemäßigten Patrizier in der «Allgemeinen Schweizerzeitung» dazu. Da sie sich entschlossen hatten, in oppositioneller Mitarbeit dem Staate ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, so unterwarfen sie Tavels Weg, den alten Zustand wieder herzustellen, der Kritik. Es wurde erklärt: «Wir können einer solchen Lehre, welche geeignet ist, den Bürger von jeder Tätigkeit am Staate, von jedem Streben, die politischen Zustände des Vaterlandes zu verbessern, abzuhalten und zu entmutigen und ihm einzureden, er solle, die Hände im Schosse, auf die Chimäre harren, dass andere Grundsätze aufgestellt werden, nie beipflichten.»<sup>108)</sup> 1840 verstummte die Revisionsdiskussion allmählich und sollte erst nach fünf Jahren wieder aufleben. Aber die Patrizier waren nun in so starkem Maße aus dem politischen Leben gedrängt, dass sie keinen Einfluss auf die Verhandlungen des Verfassungsrates von 1846 mehr hatten.

## Schluss

Die Staatsumwälzung von 1831 bedeutet einen tiefen Einschnitt in die Geschichte Berns. Die patrizische Regierungsschicht, der Bern seine Grösse, seine Macht und seine politische Bedeutung zu verdanken hatte, trat von der Leitung der Staatsgeschäfte zurück. Mit Mut und Beharrlichkeit hatten die Vorfahren der abtretenden Regenten einen Stadtstaat begründet, der seinesgleichen im Norden der Alpen nicht fand. Durch Jahrhunderte hatten sie ihn mit kluger Staatskunst gelenkt. Der Gedanke an die göttliche Berufung zum Amt gab ihnen dabei innere Beruhigung. Ihre Herrschergaben vererbten sich. Hohe Tatkraft, nüchterner Sinn und eine auf das Praktische gerichtete Klugheit schufen Werke, die Bestand hatten. Aus landesväterlicher Vorsorge entsprang die Gesinnung, alles für das Wohlergehen des Volkes zu tun und für die eigenen Leistungen keine hohen Gehälter zu beziehen. Berns Staatsschatz wuchs. Die Patrizier aufneten ihn, ohne geizig zu werden. Sie entnahmen daraus, was zum Wohle der Untertanen und zum Ansehen des Staates dienen konnte, ohne zu vergeuden.

Ein strenges Verantwortungsbewusstsein hinderte den Patrizier, seine Gewalt zu missbrauchen. Es lag nichts Aufreizendes in der Art, wie er sich seines Vorrechtes bediente. Das Volk lebte zufrieden und achtete seine Staatsleiter, denn es spürte ihre Vorsorglichkeit. Es schätzte ihre Rechtlichkeit und Unparteilichkeit. Ihre Gabe der Menschenbehandlung erleichterte den Verkehr zwischen Obrigkeit und Volk. Der grösste Teil der Untertanen sah darin keinen Nachteil, dass die Regierenden die geistige Kultur nicht hoch einschätzten und die Volksbildung vernachlässigten.

Was das Patriziat als Regierungsschicht für Bern bedeutete, das vermochte Schultheiss Fischer in seiner Rede vom 13. Januar 1831 auf treffende Weise zu bestimmen: «Wir sind nicht um unsertwillen dagestanden. Im Zutrauen des Volkes lag unsere Kraft, in seiner Liebe fanden wir unsere Belohnung, in seinem Glück das Ziel unseres Bestrebens.» Nicht anders empfand dies Schultheiss von Wattenwyl in seiner Abschiedsrede: «Ew. Gnaden übergeben nun mit ruhigem Gewissen und mit dem Bewusstsein, getreu, gerecht, aufrichtig und mit warmer Liebe zum Vaterlande das Ihrer Sorge anvertraute Land regiert zu haben, Ihre obrigkeitliche Gewalt in andere Hände.»

Im wachsenden Wohlstand der Mittelschicht war der herrschenden Oberschicht eine Gefahr erwachsen. Die landesväterlich frei-zügige Verwaltung der Aristokratie gab den Spitzen der Mittelschicht Möglichkeit und Spielraum, sich die Mittel zu erwerben, um den Kampf gegen die Hauptstadt vorzubereiten. Sie wurden wirtschaftlich und geistig der herrschenden Kaste ebenbürtig, ja überlegen. In ihren Kreisen steigerte sich die Empfänglichkeit für die neuen Staatsideen. Das landesväterliche Regiment wurde von ihnen als Bevormundung empfunden. Sie verlangten eine ihrem Selbstbewusstsein entsprechende Stellung im Leben.

Das Patriziat war in diesem Kampfe im Nachteil. Die Neuerer ahnten, dass das Rechtsgefühl die Patrizier hindern werde, im Kampfe Gewaltmittel anzuwenden. Sie wussten, dass die Aristokratie, da sie als geschlossener Stand regierte, auf keinen organisierten Anhang im Volke zählen könne. Dies machten sie sich zunutze. Sie nahmen die Öffentlichkeit in ihre Dienste. Ihre persönlichen Ziele umgaben sie mit einem idealen Glanz und entwarfen helle Zukunftsbilder. Dabei übergingen sie die eigentlichen Wünsche des Landvolkes, das in seinen Bittschriften einer Vereinigung von Altem und Neuem das Wort redete. Die Angreifer wollten keinen Übergang, sondern eine Umwälzung; denn sie strebten danach, den Platz der alten Aristokratie einzunehmen und an ihrer Stelle zu herrschen. Daraus wird klar: Die Berner Revolution ist nicht die Tat des gesamten Volkes, sondern das Werk einer rührigen Mittelschicht.

Das Patriziat räumte den Platz, nachdem es vergeblich versucht hatte, einen für beide Teile brauchbaren Übergangsweg zu finden. Es lag am Angreifer, dass der Bruch so radikal ausfiel. Der Übergang hätte in Form einer allmählichen Entwicklung stattfinden können. Vielleicht wäre er weniger schmerhaft gewesen. Doch hätte er zum gleichen Ende führen müssen. Die Zeit der Aristokratie war erfüllt. Die Strömung zur Volkssouveränität hin war unaufhaltsam. — Die Abdankung des Patriziats ersparte dem Land eine blutige Auseinandersetzung. Darin liegt das Erhebende und zugleich das Tragische. Die herrschende Schicht des alten Bern fiel anders als Adel und Königtum in der Französischen Revolution. Ihr Sturz war nicht eine Folge von Ausschreitungen und Verfehlungen; er erfolgte zu einer Zeit, wo die Aristokratie den Staat vorbildlich verwaltete. Die bisherige Geschichtsschreibung hat die Abdankung des Patriziats selten von diesem Blickpunkt aus betrachtet. Sie hat Begründungen gefunden, die den Tatsachen wenig entsprechen, und

den Vorwurf erhoben, das Patriziat sei aus eigennützigen Motiven zurückgetreten.

Von den Patriziern stellten sich dem neuen Staatswesen eine Anzahl zur Verfügung. Einige taten es aus Idealismus. Andere entschlossen sich dazu, weil sie hofften, hohe Ehrenstellen zu erhalten. Andere Patrizier lehnten es ab, Stellen in den neuen Behörden anzunehmen, obschon sie gewählt worden waren. Diesen Schritt hat die bisherige Geschichtsschreibung missdeutet, als ob die Ablehnenden ihn in der stillen Absicht getan hätten, dem Lande zu zeigen, dass es ohne Patrizier nicht gehe. Der Vorwurf verletzte. Die Patrizier handelten nicht aus so kleinlichen Beweggründen. Die Ablehnung war ein schmerzlicher Verzicht. Die Überzeugung war es, welche die Patrizier hinderte, im neuen Staatswesen Aufnahme zu suchen. Der Unterschied der Weltanschauungen trennte sie von den Liberalen. Die Ehre verbot ihnen, Grundsätze, die sie bisher hochgehalten, um materieller Vorteile willen preiszugeben. Sie erkannten, dass man sie mehr ihrer Kenntnisse und Erfahrungen als ihrer Gesinnung wegen in den Staatsdienst begehrte. Endlich wollten sie sich nicht mit jenen Standesgenossen zusammenfinden, welche zur Befriedigung ihres Ehrgeizes ihre alten Grundsätze über Bord geworfen hatten. Die Zeit gab ihnen recht. Denn die wenigen, die sich aus Überzeugung und Idealismus dem Neuen anschlossen, um die Tradition aufrechtzuerhalten, mussten bald erfahren, dass man ihnen bei allen politischen Entscheidungen keinen Einfluss gönnen. Sie wurden angefeindet und bald nicht wiedergewählt. Wo sie sich halten konnten, da führten sie einen Kampf auf verlorenem Posten.

Die Jahre der Regeneration bedeuten eine Leidenszeit für das Patriziat. Gegen die ehemals hochgeachteten Oberen wurde von den neuen Machthabern eine feindselige Stimmung erzeugt und unterhalten. Trotzdem erlahmten die Patrizier nicht, den Kampf gegen die neue Ordnung mit gesetzlichen Mitteln weiterzuführen. Viele unter ihnen kämpften zwar in der Defensive; sie kritisierten die neuen Einrichtungen und die Regierungsweise der Liberalen. Sie glaubten sich verpflichtet, gegen die Grundsätze der Revolution ohne Unterlass aufzutreten. Denn sie hofften, dass eines Tages das gute alte Recht siegen werde. Diese Überzeugung hinderte sie auch in späteren Jahren daran, sich mit der neuen Zeit zu versöhnen.

Anders verhielten sich viele Patrizier aus der jüngeren Generation. Sie führten den Kampf gegen den liberalen Staat, indem sie sich im politischen Leben betätigten und in die Opposition gegen

die Machthaber traten. Die Anfänge waren bescheiden. Das einzige Bindeglied der sich bildenden Organisation war der ihnen von den Gegnern zugelegte Name der Schwarzen. Politische Bedeutung erhielt diese Gruppe erst, als sie sich zu einer Verbindung mit konservativ denkenden Männern der Landschaft entschloss. Sie trat 1834 zum ersten Male an die Öffentlichkeit und schloss 1836 ihre Gefolgschaft im Sicherheitsverein enger zusammen.

Den Liberalen erschien dieser Verein gefährlich. Er wurde durch ein Ausnahmegesetz aufgelöst. Er erstand in neuer Form und unter anderem Namen. Grossen Einfluss im politischen Leben hat er nie zu gewinnen vermocht. Die Zahl seiner Vertreter im Grossen Rat war nie grösser als zehn. 1846 wurden die Patrizier fast ganz aus dem politischen Leben verdrängt. Erst 1850 gelang es ihnen, für einige Jahre einen überwiegenden Einfluss zu gewinnen. Doch sassen sie nicht mehr als Vertreter eines Standes im Ratsaal. Sie waren Vertreter der konservativen Partei, deren Grundstein sie 1836 im Sicherheitsverein gelegt hatten. Seit 1850 sind je und je in den bernischen Behörden Patrizier tätig gewesen. 1941 gelangte zum ersten Male ein Berner Patrizier in die oberste Landesbehörde. Man weiss die Regierungsqualitäten der alten Berner zu schätzen. Unsere Zeit hat erfahren, dass es auch im demokratischen Staatswesen aristokratische Gesinnung braucht.